

Ben Rhodes

Im Weißen Haus

Die Jahre mit Barack Obama

Aus dem Englischen von
Enrico Heinemann, Thomas Pfeiffer, Jörn Pinnow
und Martin Richter

C. H. Beck

.....

Unkorrigierte Leseprobe

Wir bitten Sie,
Rezensionen nicht vor dem 14. Februar 2019
zu veröffentlichen.



Erscheint am 14. Februar 2019
ca. 544 Seiten mit ca. 15 Abbildungen

Gebunden, ca. 26,95 € [D]
ISBN 978 3 406 73507 3

eBook, ca. 21,99 € [D]
ISBN eBook 978 3 406 73508 0

Über das Buch

Acht Jahre lang sah Ben Rhodes fast alles, was im Herzen von Barack Obamas Präsidentschaft passierte. In seinem rasant geschriebenen, aufrichtigen, klugen Buch berichtet er, was hinter den Kulissen dieser Präsidentschaft wirklich geschah. Es ist die Erzählung von einem Ausnahmepolitiker, dessen Idealismus die Welt im Sturm eroberte, auf die Härten der Realität stieß, sich anpassen musste – und trotzdem überlebte.

Barack Obamas Ethos, sein Intellekt, sein Umgang mit dem Amt scheinen in der heutigen Weltlage kaum noch vorstellbar. Mit 29 Jahren und einem Sack voll Hoffnung stößt Ben Rhodes 2007 zu seinem Team und wird zu einem seiner engsten Vertrauten. Er ist mitten drin, als das Atomabkommen mit dem Iran ausgehandelt wird, als die Annäherung an Kuba eingeleitet wird, als die Entscheidung fällt, in Syrien nicht zu intervenieren, und als die Wahl von Donald Trump das Projekt Obama jäh beendet. Ben Rhodes schildert grandios die Dramen dieser Präsidentschaft, die Konflikte, in die Obama geriet, und die Grenzen des Machbaren, auf die er traf – selten hat man einen so intimen, luziden Einblick in die inneren Gesetze der Politik bekommen. Barack Obama erscheint uns aus nächster Nähe, mit seiner großen Persönlichkeit, seinem scharfen Verstand, seinen Träumen und Zweifeln, seinem Charisma und Charme. Ein einzigartiges Zeitdokument und ein Lehrstück darüber, was in der Politik möglich ist.

«Kaum ein anderer kann die Welt so gut mit meinen Augen sehen wie Ben. Er gehört zu den wenigen, die mich seit jenem ersten Präsidentschaftswahlkampf begleitet haben. Sein Memoir ist (...) eine der überzeugendsten Geschichten darüber, was es wirklich bedeutet, dem amerikanischen Volk acht Jahre im Weißen Haus zu dienen.» *Barack Obama*







Über den Autor

Ben Rhodes, geb. 1977 in New York, stieß 2007 als Redenschreiber zu Barack Obamas Wahlkampfteam. Später wurde er stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater und einer der engsten Mitarbeiter und Vertrauten von Obama. Mit einer Ausnahme hat er ihn auf sämtlichen Auslandsreisen begleitet. Heute ist er Co-Chair der Organisation National Security Action.

Stimmen zur amerikanischen Ausgabe

«Dieses Buch erlaubt einen Blick in das gut verschlossene Innerste von Obamas Welt.»

Peter Baker, The New York Times

«Näher werden wir Obama nicht kommen können, bevor er seine eigenen Memoiren veröffentlicht.»

George Packer, The New Yorker

«Ben Rhodes (...) hat ein Buch geschrieben, das ein Spiegel des Präsidenten ist, dem er gedient hat – intelligent, gewinnend, unwiderstehlich und prinzipientreu. Und da ist noch etwas: Das Buch gleicht einem klassischen Roman über das Erwachsenwerden. Aufrichtig und ungefiltert erzählt es von einer Reise, die vom Idealismus zum Realismus führte. (...) Ben Rhodes verliert seinen Idealismus nie vollständig. In unserer krassen politischen Ära imponiert er uns, indem er vermeidet, zum Zyniker zu werden. (...) Dieses politische Memoir schafft, was selten gelingt: Es ist ein menschliches und nobles Buch.»

Joe Klein, The New York Times Book Review

«Das Buch beginnt und endet mit Obamas Reaktion auf die Wahl von Donald Trump. Dazwischen erzählt es von Weltereignissen aus unmittelbarer Nähe und mit einer Fülle von neuen Details.»

Karl Vick, Time

«Um einen Einblick in Obamas Strategiebuch zu erhalten, empfiehlt es sich, Ben Rhodes' ausgezeichnetes neues Memoir über die Jahre Obamas zu konsultieren.»

Peter Bergen, CNN

«Ben Rhodes ist einer der brilliantesten Köpfe und stärksten Geschichtenerzähler, die ich kenne. In seinem Buch vergegenwärtigt er nicht nur die Schlüsselmomente von Obamas Präsidentschaft so, als wäre der Leser im selben Zimmer. Er packt einen auch durch die Geschichte vom Weg eines idealistischen jungen Mitarbeiters, der zum engen Freund und Berater des Präsidenten wird – einem Weg, den sowohl Zyniker als auch Gläubige voller Hoffnung finden werden.»

Jon Favreau

«Das Buch ist ein fesselnder, unmittelbarer, ganz und gar menschlicher Blick auf Barack Obamas Präsidentschaft. Ben Rhodes, einer der engsten und wichtigsten Berater von Obama, erschließt die Themen, die diese Präsidentschaft dominierten, von der Rolle der Hautfarbe und dem Aufstieg von Verschwörungstheorien bis zur Jagd auf bin Laden, der Diskussion um die «rote Linie» in Syrien und den Geheimverhandlungen, die Ben selbst geführt hat, um die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren. Aufschlussreich, witzig und bewegend – dieses Buch ist ein glänzender Bericht darüber, wie es war, dabei zu sein.»

Samantha Power

Leseprobe zu:

Ben Rhodes

Im Weißen Haus

Die Jahre mit Barack Obama

Aus dem Englischen von
Enrico Heinemann, Thomas Pfeiffer, Jörn Pinnow
und Martin Richter

C. H. Beck

«Die Wolken fanden sich für den Passat zusammen, und weit voraus sah er einen Schwarm Wildenten, die sich über dem Wasser scharf vom Himmel abhoben, dann verschwammen, dann wieder scharf wurden, und er wusste, dass ein Mann auf See niemals allein war.»

Ernest Hemingway

Inhalt

Prolog

Teil Eins **HOFFNUNG: 2007 – 2010**

- Kapitel 1 Am Anfang
- Kapitel 2 Mit dem Iran reden, Bin Laden fassen
- Kapitel 3 Eine Schicksalsgemeinschaft
- Kapitel 4 Der Präsident ist an Bord der Maschine
- Kapitel 5 Kairo
- Kapitel 6 Obamas Krieg
- Kapitel 7 Krieg und ein Friedenspreis
- Kapitel 8 Das Ende vom Anfang

Teil Zwei **FRÜHLING: 2011 – 2012**

- Kapitel 9 Ägypten: Der Übergang muss jetzt beginnen
- Kapitel 10 Libyen
- Kapitel 11 Bin Laden: Das Leben im Geheimen
- Kapitel 12 Wolken ziehen sich zusammen
- Kapitel 13 Reaktion und Aktion
- Kapitel 14 Leben, Tod und Bengasi
- Kapitel 15 Eine zweite Amtszeit
- Kapitel 16 Junge Männer führen Krieg, alte Männer schließen Frieden

Teil Drei VERÄNDERUNG: 2013 – 2014

- Kapitel 17 Geballte Fäuste
- Kapitel 18 Rote Linie
- Kapitel 19 Ein Prügelknabe der Rechten
- Kapitel 20 Rasse, Mandela und Castro
- Kapitel 21 Russen und Intervention
- Kapitel 22 Göttliche Intervention
- Kapitel 23 Permanenter Krieg
- Kapitel 24 Neuanfänge

Teil Vier WAS AMERIKA GROSS MACHT: 2015 – 2017

- Kapitel 25 Die Bremsen antippen
- Kapitel 26 Der Antiwar-Room
- Kapitel 27 Bomben und Kinder
- Kapitel 28 Havanna
- Kapitel 29 Die Geschichte, die sie über dich erzählen
- Kapitel 30 Die Geschichte, die wir erzählen
- Kapitel 31 Informationskriege
- Kapitel 32 Das Ende

Dank

Fotonachweis

Register

Prolog

Zum letzten Mal als Präsident der Vereinigten Staaten in einem fremden Land, sank Barack Hussein Obama in seinen Sitz, während ein Agent des Secret Service die schwere Tür schloss. «Fahren wir nach Hause», sagte er.

In der Präsidentenlimousine – «the Beast», wie sie genannt wird – verstummt die Außenwelt. Zentimeterdickes kugelsicheres Glas und gepanzertes Metall halten sie auf Abstand. Eine unheimliche Vertraulichkeit herrscht auf der Fahrt in der Fahrzeugkolonne, sei es in der weiten saudischen Wüste oder auf einer belebten Straße in Hanoi. Die beiden Vordersitze nehmen stets zwei Leibwächter des Präsidenten ein, die niemals ein Wort sprechen. Während sie das Geschehen auf der Straße vor sich beobachten, lernt man mit der Zeit zu reden, als ob sie nicht da wären.

Obama warf mir einen flüchtigen Blick zu. Ein spöttisches Funkeln trat in seine Augen. «Haben Sie gesehen, dass Ben ohne Socken unterwegs ist?», fragte er Susan Rice, schälte ein Nikotinkaugummi aus dem Papier und schob es sich in den Mund. Er lachte über die eigenen Worte: «Ich bitte Sie, Mann. Ihre Socken!»

Auf Auslandsreisen mit dem Präsidenten stellt man sein Gepäck jeden Tag vor die Tür seines Hotelzimmers, damit es zur vereinbarten Zeit abgeholt wird, Teil einer bequemen Reiseroutine, die nun bald ein Ende haben würde. Ich setzte zu einer Erklärung an: Ich hätte meine Reisetasche um drei Uhr morgens vor die Tür geschoben und sei der Meinung gewesen, dass ich ein Paar beiseitegelegt hätte ...

Er machte eine wegweisende Handbewegung: «Schon verstanden. Es ist spät geworden. Freut mich, dass Sie eine gute Zeit hatten, während ich meine Briefing-Unterlagen zum APEC-Gipfel gelesen habe.»

Ich schaute aus dem Fenster auf die letzten Menschenmengen. Vor aufstrebenden modernen Türmen und leicht heruntergekommenen älteren Bauten säumten Schaulustige die Straßen von Lima, beobachteten uns, winkten und hielten Smartphones hoch – ein weiterer Funken von Menschlichkeit unter den Millionen Gesichtern, die ich über die Jahre durch das Wagenfenster gesehen hatte, Leuten vor einem vorüberrollenden Fahrzeugkonvoi, die einen Blick auf Barack Obama zu erhaschen versuchten. Obama schaute auf diesen Fahrten immer wieder durch die Scheibe hinaus und grüßte mit einem lässigen Winken, während ich hier und da ein Gesicht im Schreck des Wiedererkennens erstarren sah. Manchmal hob ich mein Smartphone hoch und fotografierte die Massen, die uns fotografierten, als einzige Möglichkeit, mich Menschen verbunden zu fühlen, die ich nie wirklich kennenlernen würde.

Obama zog normalerweise sein iPad heraus, scrollte durch die Nachrichten oder machte bei einer endlosen Partie Scrabble weiter und fragte uns, wie er sich in der soeben zu Ende gegangenen Pressekonzferenz geschlagen habe. Aber jetzt, nach dem Gelächter wegen meiner Socken, saß er nur schweigend da, kaute Kaugummi und starrte aus dem Fenster. Ich saß ihm gegenüber wie auf den Reisen durch Dutzende Länder in den letzten acht Jahren. Es war die letzte Reise. Trotz der vertrauten Abläufe wirkte nichts mehr normal. Die ganze Welt ging irgendwie an uns vorbei.

Ich blickte flüchtig auf das Präsidentensiegel an der Holzvertäfelung neben Obama: Auf diesem Sitz würde in ein paar Monaten Donald J. Trump Platz nehmen.

Für unsere erste Station, Athen, hatten wir eine Rede geplant, um vor der Akropolis die Stabilität der Demokratie an ihrem Geburtsort zu feiern. Unser Entwurf sah eine trotzig-kampfansage an Russland und seinen revanchistischen Präsidenten, Wladimir Putin, vor. Aber angesichts der Lage in Amerika wirkte die Kulisse jetzt eher unpassend. Zwei Wochen zuvor war Donald Trump zum Präsidenten gewählt worden. Wir verlegten die Rede nach drinnen in einen Veranstaltungsraum, der an jedem beliebigen Ort hätte sein können.

Die Akropolis würdigten wir stattdessen mit einem Besuch an einem warmen, makellosen Morgen. Von diesem Aussichtspunkt aus erschien die Welt schön und ruhig: Nichts unter dem strahlend-blauen Himmel und in dem Panorama von Athen deutete auf die Finanzkrise hin, die Griechenland im Griff hielt, auf die Flüchtlinge, die über die Grenzen hereingeströmt kamen, oder die Ungewissheit, in die diese Kräfte die Welt gestürzt hatten. Ich blieb hinter Obama zurück, als er durch die Ansammlung von antiken Säulen, Gerüsten und Kultstätten für die Götter bummelte – ein Denkmal für die Ursprünge der Demokratie, Ruinen, die von untergegangenen Reichen und erloschenen Glaubensformen hinterlassen worden waren. Als ich ihn später wiedersah, wiederholte er einen Leitspruch, den er in den frühen Morgenstunden nach Trumps Wahl zu mir gesagt hatte, einen Refrain, der nach einer Perspektive suchte: «Am Himmel gibt es mehr Sterne als Sandkörner auf der Erde.»

In Berlin, unserer zweiten Station, bat Angela Merkel Obama für den ersten Abend zum Essen. Merkel verfügt über eine Art umgekehrtes Charisma: stoisch, selbstbeherrscht und mit einem leichten, gewinnenden Lächeln, eine Frau, die entspannt an der Spitze der Macht steht und sich wohl in ihrer Haut fühlt. Bei der Begrüßung umfasste sie mit beiden Händen Obamas Arme. Sie war seine engste Partnerin in einer Welt mit wenig Freunden, und sie hatte ihre politische Zukunft aufs Spiel gesetzt, um eine Million syrische

Flüchtlinge in Deutschland willkommen zu heißen. Obama bewunderte ihren Pragmatismus, ihre Unerschütterlichkeit und ihre hartnäckige Ader. Im Laufe des Vorjahrs hatte er mit seinem Beamtenapparat gerungen, um zu erreichen, dass Amerika mehr Flüchtlinge aufnähme, und uns immer wieder gesagt: «Wir dürfen Angela nicht hängen lassen.»

Sie saßen nur zu zweit in der Mitte eines Hotel-Konferenzraums an einem kleinen, schlichten Tisch. Drei Stunden redeten sie beim Essen miteinander, die längste Zeit in acht Jahren, die Obama mit einem ausländischen Regierungschef allein zugebracht hatte. Einige von uns aßen in einem Nachbarraum mit Mitarbeitern von ihr zu Abend. Sichtlich betroffen, sprachen sie mit Unbehagen über den neuen politischen Wind und die Bürden, die auf Merkel zukommen würden. «Auf die Anführerin der freien Welt», sagte ich beim Anstoßen mit Bedauern. Ein Referent erzählte mir, dass es Steve Bannons Ernennung als Stabsmitglied des Weißen Hauses auf die Titelseiten der deutschen Presse geschafft hatte. «Wir kennen Bannon», sagte er und beugte sich vor, als wolle er mir ein Geheimnis verraten. Durch das Fenster sah man in goldenem Licht das Brandenburger Tor und das umgebaute Reichstagsgebäude, das knapp einen Monat nach Hitlers Machtergreifung in Brand gesteckt worden war.

Später teilte uns Obama mit, dass Merkel mit ihm über ihre anstehende Entscheidung für oder gegen eine weitere Kandidatur geredet habe, zu der sie sich wegen des Brexits und Trump jetzt stärker verpflichtet fühle. Als sich Obama am Ende unseres Besuchs in Deutschland an der Tür von «the Beast» von ihr verabschiedete, stand ihr eine einzelne Träne in den Augen – was noch keiner von uns je gesehen hatte. «Angela», sagte er kopfschüttelnd, «ist jetzt ganz allein.»

Auf der dritten und letzten Station, dem Gipfel pazifischer Nationen in Lima, nahm ein Regierungschef nach dem anderen Obama

beiseite und fragte, was von Donald Trump zu erwarten sei. Sich der Regeln seines Amtes stets bewusst, bat Obama seine Gesprächspartner, der neuen Regierung eine Chance zu geben. «Warten wir's ab», teilte er ihnen mit. Am ersten Tag traf er mit den Führern elf anderer Länder zusammen, die mühselig das Handelsabkommen der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ausgehandelt hatten. Sie hatten einschneidende politische Entscheidungen getroffen, um ihre wirtschaftliche Zukunft an die Vereinigten Staaten zu binden. Sollten sie wütend gewesen sein, weil der frisch gewählte Präsident einen Rückzieher angekündigt hatte, wussten sie es zu verbergen. Fast entschuldigend deuteten sie stattdessen an, dass sie wohl auch ohne die Vereinigten Staaten mit einem modifizierten Abkommen weitermachen würden.

Zum ersten Mal seit acht Jahren schienen die Geschicke der Welt nicht mehr in unseren Händen zu liegen.

Japans Premierminister Shinzo Abe entschuldigte sich für den Verstoß gegen das Protokoll, da er sich, ohne Obama zu informieren, mit Donald Trump im Trump Tower getroffen hatte. Seine Regierung habe keine andere Möglichkeit gesehen, als auf den Mann zuzugehen, der gedroht hatte, Japan die Kosten für die US-Truppen in Rechnung zu stellen, die in dem Land stationiert waren. Abe bestätigte seine Pläne eines Besuchs in Pearl Harbour, wenn Obama im Dezember in Hawaii sein würde. Diese Geste der Aussöhnung, mit der er Obamas Visite in Hiroshima erwidern wollte, wirkte jetzt wie aus der Zeit gefallen.

Mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping traf sich Obama in einem sterilen Hotel-Konferenzraum, in dem Becher für Erfrischungstee und Eiswasser unberührt vor uns standen. Nach einem langen Rückblick auf sämtliche Fortschritte der letzten sieben Jahre versicherte Xi Obama unaufgefordert, dass er das Pariser Klimaabkommen auch dann umsetzen werde, wenn Trump sich zum Ausstieg entschliesse. «Das ist sehr klug von Ihnen», entgegnete

Obama. «Ich denke, Sie werden in den Vereinigten Staaten auch weiterhin Anstrengungen für das Pariser Abkommen sehen, zumindest von Bundesstaaten, Städten und vom Privatsektor.» Ganze zwei Jahre war es her, dass Obama in Peking eine Übereinkunft geschlossen hatte, um mit China den Klimawandel zu bekämpfen – der Schritt, der das Pariser Abkommen erst möglich gemacht hatte. Jetzt würde maßgeblich China die Anstrengungen weiter vorantreiben.

Gegen Ende des Treffens erkundigte sich Xi nach Trump. Wieder empfahl Obama abzuwarten, welche Entscheidungen die neue Administration treffen würde, merkte aber an, dass der designierte Präsident reale Besorgnisse unter den Amerikanern aufgegriffen habe, ob die Wirtschaftsbeziehungen zu China fair gestaltet seien. Xi, ein stattlicher Mann, bewegt sich stets langsam und bedächtig, als wolle er sich mit jeder seiner Bewegungen Geltung verschaffen. Am Tisch Obama gegenüber sitzend, schob er die Mappe mit den Gesprächspunkten beiseite, die einem chinesischen Führer üblicherweise die Worte vorgeben. «*Wir pflegen lieber gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten*», sagte er und faltete die Hände vor sich. «*Das ist gut für die Welt. Aber jede Aktion löst eine Reaktion aus. Und wenn ein unreifer Führer die Welt ins Chaos stürzt, wird die Welt wissen, wem sie die Schuld zu geben hat.*»

An diesem abschließenden Tag kam Obama zu seinem letzten bilateralen Treffen mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau zusammen. In einem Hinterzimmer des Konferenzentrums, in dem der Gipfel stattfand, saßen die zwei nebeneinander in Sesseln, beiderseits flankiert von einigen wenigen von uns. Wegen der fehlenden Socken vermied ich es, die Beine übereinanderzuschlagen, und verbarg die Füße unter meinem Rucksack. Obama, der sich gewöhnlich nicht sentimental zeigt, versuchte, eine Fackel weiterzureichen. «Deine Stimme wird jetzt mehr denn je gebraucht, Justin», sagte er, beugte sich vor und stützte die Ellenbogen auf die

Knie. «Du wirst Stellung beziehen müssen, wenn bestimmte Werte in Gefahr geraten.»

Trudeau sagte, er sehe dies als seine Verpflichtung an, dem Beispiel seines Vaters folgend, der über die Rolle des kanadischen Regierungschefs hinausgewachsen und zu einem Staatsmann von Weltformat geworden war. «*Ich habe meinen Wahlkampf an deinem Vorbild ausgerichtet*», fügte er hinzu und meinte eine Form der Politik, die jetzt bedroht erschien.

Mit seinem guten Aussehen wirkt Trudeau jünger, als er ist. Als ich ihn beobachtete, dachte ich daran, wie sehr ich in meinem Job gealtert war. Trudeau erschien als der Frischere. «*Ich werde sie bekämpfen*», sagte er mit Blick auf die autoritären Trends in der Welt, «*mit einem Lächeln im Gesicht. Das ist der einzige Weg zu gewinnen.*»

Nach Ende der Beratungen schlenderten wir durch die hinteren Flure des Konferenzzentrums. Mit einem Styroporbecher in der Hand winkte Obama dem Wartungspersonal zu, während er zu einer letzten Pressekonferenz für ausländische Medien ging. Mir war nicht danach zuzuschauen. Stattdessen setzte ich mich im fahlen Licht der Abenddämmerung allein auf eine Bank und daddelte auf meinem BlackBerry herum, im Schutz der Absperrungen, die von Männern in Anzügen, mit Knopf im Ohr und mit vor dem Bauch gefalteten Händen gesichert wurden. Nach Ende der Pressekonferenz stieß ich wieder zur Gruppe um Obama, die an Trudeau und seinem Team vorbei den Saal verließ, die ihrerseits in die andere Richtung entschwanden.

Entlang den Straßen von Lima winkten noch immer Ansammlungen von Menschen dem vorüberfahrenden Präsidenten der Vereinigten Staaten zu.

«Und was, wenn wir uns geirrt haben?», fragte Obama, der mir in «the Beast» gegenüber saß.

«Worin geirrt», fragte ich.

Vier Tage lang hatten wir zu analysieren versucht, was beim jüngsten Urnengang schiefgelaufen war. Obama hatte geklagt, er könne nicht glauben, dass die Wahl verloren war, und die Indikatoren aufgezählt: «Fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Zwanzig Millionen versichert. Der Benzinpreis bei zwei Dollar die Gallone. *Wir hatten den Ball doch in bester Position!*» Jetzt berichtete er mir von einer Kolumne, die er in der *New York Times* gelesen hatte: Die Liberalen hätten vergessen, wie wichtig den Menschen Identität sei. Wir hätten uns auf eine Botschaft verlegt, die von John Lennons *Imagine* nicht zu unterscheiden sei – auf Stimmenfang mit einem hohlen, kosmopolitischen Globalismus, mit dem die Leute nicht mehr zu erreichen seien: «*Imagine all the people, sharing all the world.*»

«Vielleicht sind wir zu weit gegangen», sagte er. «Vielleicht wollen die Leute einfach in ihr Stammesdenken zurückfallen.»

Sein Kommentar lastete schwer im Raum, als Susan und ich uns anblickten. In den letzten paar Wochen hatte doch er die tapferste Miene aufgesetzt. Nachdem er mich am Wahlabend daran erinnert hatte, dass es mehr Sterne am Himmel als Sandkörner auf der Erde gebe, schickte ich ihm zur Aufmunterung eine schlichte Mitteilung: «Fortschritt bewegt sich nicht auf gerader Bahn.» In privaten Unterhaltungen mit Mitarbeitern und in öffentlichen Interviews wiederholte er sie in Abwandlung immer wieder: «Die Geschichte bewegt sich nicht geradlinig voran», sagte er. «Sie verläuft im Zickzack.»

Was, wenn wir uns geirrt haben?

Seitdem ich 2007 in Obamas Dienste getreten war, hatte ich nie den Glauben daran verloren, an etwas mitzuarbeiten, das auf unangreifbare Weise *richtig* war. Sicher hatten wir, das Weiße Haus unter Obama, auch Fehler gemacht. Aber das größere Projekt – *das* war richtig. Der Glaube, dass Amerika ein besserer Ort werden kann. Die Hoffnung, dass die Welt aus der eigenen Vielfalt Stärke ziehen kann, wenn wir es vermögen.

In Obamas Worten schwang ein wenig Verbitterung mit, eine Ahnung, dass die Sache, für die er stand, im gegenwärtigen Augenblick verloren war. «Aber Sie hätten gewonnen, wenn Sie nochmal hätten antreten dürfen», sagte ich. Um ein weiteres Argument vorzubringen, redete ich von den jungen Leuten, zu denen er tags zuvor in Lima auf einer Bürgerversammlung gesprochen hatte, wie schon in so vielen Ländern rund um die Welt. «Die *kapiieren es*», sagte ich. «Sie sind toleranter. Sie haben mit den Jungen in den Vereinigten Staaten mehr gemein als Trump. Junge Menschen haben Trump nicht gewählt, sowenig wie die Jungen in Großbritannien für den Brexit gestimmt haben.»

Er schaute nicht auf. «Ich weiß nicht», sagte er. «Manchmal frage ich mich, ob ich zehn oder zwanzig Jahre zu früh gekommen bin.»

Die Stille hielt an. Die letzten acht Jahre über hatten wir tausend Gespräche geführt, die alle wie ein fortlaufender roter Faden erschienen, hatten über Bücher, die wir gelesen, und ausländische Politiker, die uns frustriert hatten, geredet, über Hautfarben und Sätze aus alten Kinofilmen, Sport und alle möglichen Theorien. Meine Rolle in diesen Gesprächen und wohl auch in seiner Präsidentschaft sah ich inzwischen darin zu antworten, wenn er etwas sagte, und Gesprächspausen zu überbrücken – seine Gedanken auf ihre Logik hin zu überprüfen oder Zerstreuung zu bieten –, während er auf seinem iPad scrollte oder aufgewühlt aus dem Fenster blickte.

Der Fahrzeugkonvoi erreichte den Flughafen und fuhr auf die Rollbahn, wo die Air Force One bereitstand. Wir hielten vor einem «Empfangskomitee» aus Peruanern und Amerikanern, die sich zum Abschied in gerader Linie aufgestellt hatten.

Als wir warteten, bis der Leibwächter die Tür öffnen würde, beugte sich Obama mit auf die Knie gestützten Ellenbogen zu mir vor. «Vielleicht haben Sie recht», kommentierte er meine Äußerung über die jungen Leute. «Aber wir werden sehen, wie widerstandsfä-

hig unsere Institutionen sind, bei uns zu Hause und auf der ganzen Welt.»

Er stieg aus der Präsidentenlimousine und arbeitete sich händeschüttelnd an der Schlange zu seiner Verabschiedung entlang vor. Mit Füßen, die ohne Socken am abgewetzten Leder meiner Schuhe rieben, machte ich mich auf den Weg zu einer Stelle unter der Tragfläche, wo Trauben von Menschen standen, Journalisten, die den Moment für die Nachwelt festhielten, und Mitarbeiter, die miteinander für Fotos posierten – eine vollkommen vertraute Szene nach den weit über eine Million Meilen, die ich in diesem Flugzeug rund um die Welt zurückgelegt hatte. Aber gleich würde sie sich für immer auflösen.

Barack Obama schüttelte die letzte Hand und stieg die Gangway hoch. Er bewegte sich stets leichtfüßig wie ein Basketballer, der während einer Partie etwas unter seiner Topleistung spielt, um in den entscheidenden Augenblicken Energiereserven mobilisieren zu können. Ein Mann, der ständig im Licht der Öffentlichkeit stand und wichtige Seiten von sich verbarg. In den letzten beiden Jahren hatte ich miterlebt, wie er es immer besser zusammenbrachte, er selbst *und* der Präsident zu sein – in einzelnen Augenblicken, etwa als er in einer Kirche von Schwarzen in Charleston, die von einem weißen Rassisten angegriffen worden war, *Amazing Grace* anstimmte, oder bei politischen Schritten, als er mit einer Kubapolitik brach, von der er mir schon lange gesagt hatte, dass er sie nicht unterstützen konnte. Diese Entwicklung hatte ihn erfolgreicher, interessanter gemacht und trug ihm in diesen letzten Tagen im Amt größere Wertschätzung ein. Es war eine mögliche und schmerzliche Antwort auf die Frage, die er in der Präsidentenlimousine gestellt hatte: Wir hatten recht gehabt, aber all diese Fortschritte hingen an ihm, und seine Zeit lief nun ab.

Erstmals seit acht Jahren gab es keine Reise mehr zu planen. Obama würde ins Flugzeug steigen als erfolgreicher afroamerikani-

scher Präsident mit zwei Amtszeiten und als Hoffnungsträger für Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt. Aber er stand vor der Machtübergabe an einen Mann, der alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte repräsentierte, die im Widerspruch zu dem standen, was Obama ausmachte. Ein Witz, den er in den Tagen nach der Wahl erzählte, drückte seine Frustration darüber aus, dass dies den Rest seines Lebens prägen würde: «Ich fühle mich wie Michael Corleone», sagte er. «Fast hätte ich den Ausstieg geschafft.»

Ich war mit 29 Jahren in Obamas Wahlkampfteam eingetreten. Auf der Rollbahn in Lima erkannte ich mich selbst nicht wieder, der ich einst nach Chicago gezogen war, um Reden zu schreiben, und dafür in einer Einzimmerwohnung mit ein paar Ikea-Möbeln und einer Matratze auf dem Boden gehaust hatte. Die Katastrophen des 11. Septembers und des Irakkriegs hatten mich dorthin geführt, auf der Suche nach einer besseren Vision von Amerika und mir selbst. Ich hatte sie acht Jahre lang in einem fensterlosen Büro im West Wing des Weißen Hauses verfolgt, wo ich über mir die Ratten durch die Decke huschen hörte und in Sitzungen hineinspazieren konnte, in denen die Geschicke von Nationen besprochen wurden. Ich hatte Höhepunkte erlebt, wie ich sie mir nie hätte vorstellen können, etwa einen Gang zum Vatikan, um einem Kardinal mitzuteilen, dass wir die Beziehungen zu Kuba normalisieren würden. Ich hatte Tiefs durchlitten, die ich damals noch nicht durchschaute, als mich dieselben Kräfte dämonisierten, die Donald Trump an die Macht spülen sollten. Vor allem hatte ich meinen eigenen Werdegang dem Barack Obamas untergeordnet – seinem Wahlkampf, seiner Präsidentschaft, dem Platz, an den er uns führte.

Und hier stand ich nun und versuchte, in mir ein Gefühl zu entdecken, das den Augenblick auf den Punkt brachte: Ein letztes Mal sahen wir diesen Mann, wie er unser Land im Ausland vertrat – zurückhaltend und entschlossen, bald wortkarg, bald mutiger

als sämtliche anderen Politiker, die ich je erlebt hatte. Aber der Anblick, als er die Stufen zum Flugzeug erklomm, beschwor in mir nur eine Flut zusammenhangloser Bilder von zurückliegenden Reisen herauf: ein Meer von Menschen, die in Berlin darauf warteten, ihn reden zu hören, eine Gruppe von Trommlern, die uns mitten in der Nacht in Ghana willkommen hießen, Millionen lächelnder Menschen, die in Vietnam die Straßen unserer Fahrzeugkolonne säumten, oder den unwirklichen Blick auf Havanna aus dem Fenster der Air Force One. Dieses gespannte Gefühl der Leute, all diese Menschen an all diesen Orten, all diese Gesichter, die uns voller Hoffnung anblickten: *Sie* hatte ich gesucht, als ich zehn Jahre zuvor nach Chicago übersiedelt war. Und sie, so war mir klar, würden nun keinen amerikanischen Präsidenten mehr im Ausland willkommen heißen. Also brachte ich kaum andere Gefühle auf als Müdigkeit und Trauer. Ich erinnerte mich nicht, was ich zu Beginn dieser Geschichte empfunden hatte, und hatte keine Ahnung, was ich – oder die Welt – nach ihrem Ende fühlen würde.

Es gibt mehr Sterne am Himmel als Sandkörnchen auf der Erde.

Obama langte auf der obersten Stufe an. Ich dachte, vielleicht hält er noch einen kurzen Augenblick inne, um alles in sich aufzunehmen, sich selbst Gelegenheit zu geben, Gedanken zutage zu fördern, wie sie mir augenblicklich durch den Kopf jagten. Aber welche Erinnerungen ihm auch kamen, was er auch dachte über die Hunderte von Orten, die er als Präsident besucht, und die Millionen Menschen, die er gesehen hatte: Trotz der heraufziehenden Ungewissheit verabschiedete er sich nur mit einem routinierten Winken. Dann verschwand er in der Flugzeugtür, um die Heimreise anzutreten.

Was, wenn wir uns geirrt haben?

Kapitel 3

Eine Schicksalsgemeinschaft

Wenige Stunden bevor Barack Obama in Berlin zu 200 000 Menschen sprechen sollte, stellte ich fest, dass unsere Rede einen Anklang an Adolf Hitler enthielt.

Die Hauptgegensätze zu Clinton, die wir im Sommer 2007 herausgehoben hatten, waren schließlich in eine umfassendere Botschaft – *Wandel, an den man glauben kann* – verpackt worden, die uns durch einen rauschenden Vorwahlkampf trug. Obama, so das Argument, sei anders als das Establishment, für das Clinton stehe, und verdiene deshalb Vertrauen, dass er den Wechsel herbeiführen werde. Der Wahlkampf hatte sich wie eine Welle aufgebaut und Leute mitgerissen, die sich normalerweise aus der Politik heraushielten oder den Glauben verloren hatten, dass sie wichtig sei. Jetzt, zu Beginn des Wahlkampfs gegen John McCain ums Präsidentenamt, wollten wir diese Botschaft um die Welt tragen.

Die Berliner Rede bildete den Kern einer wagemutigen Reise für einen Präsidentschaftskandidaten, einer Reise, die Obama nach Afghanistan, Kuwait, in den Irak, nach Jordanien, Israel, ins Westjordanland, nach Deutschland, Frankreich und Großbritannien führen würde. Normalerweise zielen alle Äußerungen zur Außenpolitik in einem Präsidentschaftswahlkampf darauf ab, kein Porzellan zu zerbrechen und ein bestimmtes Programm abzuhaken: an ethnische Wählerschaften in Schlüsselstaaten appellieren, Soldaten auf Mili-

tärbasen und Veteranen beruhigen und den Wählern zeigen, dass man irgendwie ausreichend Härte besitzt, um die Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte auszufüllen.

Aber das Ethos hinter Obamas Wahlkampf bestand darin, mehr zu tun, als nur eine Hürde zu überspringen. Es war geprägt von einem afroamerikanischen Kandidaten, der erlebte, was schon der erste schwarze Baseballspieler, Jackie Robinson, erlebt hatte: dass Schwarze besser sein mussten als Weiße, um in neue Höhen aufzusteigen. So hatten wir auch die Nominierung ergattert: Wir hatten eine Koalition aus Afroamerikanern und jungen Wählern geschmie-det, einen Skandal ausgestanden, den Obamas Pastor durch aufhetzende Kommentare ausgelöst hatte, indem wir Obama eine sehr persönliche Rede über die Frage der Hautfarbe hatten halten lassen, und wir hatten Clintons Kampagne durchkreuzt, indem wir in allen Landesteilen konkurrierend Präsenz gezeigt hatten. Nun machten wir uns an den Nachweis, dass Obama Besuche in zwei Kriegszonen bestehen, die Minenfelder der Nahost-Friedensverhandlungen durchschreiten und in Europas Hauptstädten willkommen geheißen werden konnte. Die Reiseroute fasste die außenpolitische Botschaft unseres Wahlkampfes zusammen: Nach acht Jahren George W. Bush mussten wir die Kriege zurückschrauben, die Diplomatie wiederbeleben und Amerikas Ansehen in der Welt wieder-aufrichten. Aber wir hielten auch an unserem Maß an Verteidigungsbereitschaft fest. Ein Missgriff im Ausland würde sich auf einen Wahlkampf, in dem John McCain als einzigen Vorteil Erfahrung vorweisen konnte, verheerend auswirken. Und angesichts von Gerüchten, wonach Obama Muslim, Kenianer, Terrorsympathisant oder alles zusammen sei, hatten wir eine Wagenburgmentalität verinnerlicht.

Ich war verantwortlich für die Worte, die er öffentlich sprechen würde. Für mehrere Wochen wurde die Berliner Rede zum zentralen Inhalt meiner Existenz. Für einen Dreißigjährigen, der immer

nur Reden geschrieben hatte, die in den Vereinigten Staaten gehalten wurden, war das ungefähr so, wie wenn ein Jockey sein erstes Rennen auf dem Favoriten des Kentucky Derby bestreiten muss. Immerhin war es Berlin. Kennedy: *«Ich bin ein Berliner!»* Reagan: *«Tear down this wall!»* Die symbolträchtigsten Reden amerikanischer Präsidenten im Ausland hatten in Berlin stattgefunden. Ich las beide Dutzende Mal durch. Bis spät in die Nacht hörte ich mir ihre Aufzeichnungen in meiner Wohnung an. Ich wollte mehr als alles andere daran mitwirken, Barack Obama in dieses Kontinuum einzureihen, Worte schreiben, die eines Tages vielleicht jemand wie ich lesen würde. Und für das Wahlkampfteam war genau dies das Ziel: Obama sichtbar in dieses Kontinuum zu stellen.

Der Einzige, der beim Gedanken an eine Rede in Berlin nicht begeistert erschien, war Obama. Als Favreau und ich ihn darauf ansprachen, schlug er lediglich vor, dass wir die Geschichte Berlins als Aufhänger nutzen sollten, um unsere Vorstellungen zur US-Außenpolitik darzulegen. Kanzlerin Angela Merkel lehnte eine Anfrage ab, ob die Rede vor dem Brandenburger Tor gehalten werden könne, wo Reagan einst Gorbatschow aufgefordert hatte, die Mauer niederzureißen: Der Schauplatz müsse amtierenden Präsidenten vorbehalten bleiben. Obama war peinlich berührt und verärgert: *«Ich habe nie gesagt, dass ich vor dem Brandenburger Tor reden will»*, blaffte er. Es war ein Zeichen für eine allgemeinere Entwicklung in diesem Wahlkampf: Obama wurde häufig vorgeworfen, dass um seine Person herum – mit stilisierten Postern, Star-Hymnen und aufwendigen Kulissen bei seinen Veranstaltungen – ein Kult heranwuchs, für den er aber selten verantwortlich war. Vielmehr war er besorgt, dass wir zu hohe Erwartungen weckten in einer Welt, die sich Veränderungen gerne widersetzt.

Vor dem Abflug nach Afghanistan las er einen Entwurf der Rede und zeigte sich zufrieden – *«Ihr könnt diese Rede in den Teleprompter eingeben, das reicht mir»*, sagte er –, aber ich wollte mehr. Ich

hoffte auf Änderungen, die der Rede mehr Größe geben und sie zu mehr als einer bloßen Zusammenfassung unserer Weltsicht machen würden. Der Wechsel, für ein ausländisches Publikum zu schreiben, war nicht schwer gewesen: Obamas Botschaft einer Zusammenarbeit über Hautfarben und Religionen hinweg, seine Bevorzugung der Diplomatie gegenüber dem Krieg, sein Bekenntnis zum Klimawandel als wissenschaftlich gesichertem Faktum, seine Bereitschaft anzuerkennen, dass die Welt jenseits des Terrorismus noch andere Probleme zu lösen hat – all dies würde in Deutschland gut ankommen. Doch ich suchte weiterhin nach einem oder zwei Sätzen, um die Botschaft zuzuspitzen, sie so auf den Punkt zu bringen, dass sie an dasselbe Gefühl einer gemeinsamen Mission appellieren könnte, das Kennedy und Reagan beschworen hatten.

Als wir am Morgen der Rede von Israel nach Berlin flogen, teilte ich Obama mit, dass der Schauplatz, auf den wir uns geeinigt hatten – vor der Siegessäule, am Ende eines langen Boulevards –, Zigttausenden Zuhörern Platz bot. «Und was, wenn keiner kommt?», fragte er allen Ernstes. Nach der Landung in Berlin wurde deutlich, dass uns dieses Problem erspart bleiben würde. Menschenmassen begrüßten unsere Fahrzeugkolonne. Hunderte drängten an die Absperrungen vor unserem Hotel – jubelnd, mit hochgehaltenen Schildern, Fotos schießend und die Hälse reckend, um einen Blick auf Obama zu erhaschen.

Aus einem Wahlkampfbüro in Chicago war ich auf eine sehr viel größere Bühne hinausgetreten, wo Geschichte unmittelbar spürbar wurde. Da war ich nun, ein Dreißigjähriger, der mit einem Präsidentschaftskandidaten von Israel nach Deutschland gereist war. Die Familie meiner Mutter war jüdisch mit Wurzeln in Polen und Deutschland. Die Verwandten, die nicht in die Vereinigten Staaten geflohen waren, hatten im Holocaust ihr Leben verloren. Sie seien geblieben, sagte meine Mutter stets, weil sie dachten, sie seien mehr Deutsche als Juden. Ihre Entscheidung hat mich immer beschäftigt,

auch deshalb, weil ich sie verstehen konnte: Ich wurde im Episkopalismus meines Vaters mit sporadischem Kirchgang erzogen, ohne jüdischen Glauben, aber im Bewusstsein einer jüdischen Identität, die am deutlichsten durch den Teil der Familie präsent war, der mir fehlte.

Nach Deutschland war ich erstmals mit zwanzig Jahren gereist, in einem Zug ab Paris, wo ich studierte. Ich weiß noch, dass ich nach dem Einschlafen im Abteil in Frankreich von deutschen Tönen aus dem Lautsprecher geweckt wurde, als ein Schaffner die nächsten Stationen ankündigte. Die unverständlichen Laute erinnerten mich an meine säkulare jüdische Erziehung in New York, die ich von meiner Mutter empfangen hatte: Der Holocaust war das zentrale Ereignis des 20. Jahrhunderts; Angehörige von dir sind in der Shoah umgekommen; und die Deutschen, dieses hochzivilisierte Volk, haben diese Taten begangen. Aber auf dieser Reise im Jahr 2008 wie auf sämtlichen in späteren Jahren war wenig Raum für persönliche Reflexionen. Stattdessen floss meine – emotionale und intellektuelle – Energie in die Arbeit, die ich zu erledigen hatte.

Als ich in mein Hotelzimmer trat, spürte ich eine seltsame Mischung aus Adrenalin und erdrückender Verantwortung. Von meinem Fenster aus blickte ich auf Menschenmengen. Mein Zimmer war voll von antiquarischen Möbeln. Agenten des Secret Service sicherten das Stockwerk. Und auf meinem Laptop war eine Word-Datei mit den Worten abgespeichert, auf die alle warteten. Bis zur Rede dauerte es noch einige Stunden. Ich klappte den Rechner auf und starrte auf den Bildschirm mit dem Text, der mir so vertraut war, dass mir die Worte fast inhaltsleer vorkamen. Weil mir das Herzstück der Rede, ein Anklang an Reagan mit einer Obama'schen Wendung, als einziger Teil Zuversicht gab, las ich es mir immer wieder laut vor – ein eindringliches Bekenntnis zur Weltoffenheit gegen kruden Nationalismus: «Die Mauern zwischen alten Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks können nicht bestehen bleiben. Die

Mauern zwischen den Ländern, die am meisten haben, und denen, die am wenigsten haben, können nicht bestehen bleiben. Die Mauern zwischen Rassen und Stämmen; Eingeborenen und Einwanderern; Christen und Muslimen und Juden können nicht bestehen bleiben. Das sind jetzt die Mauern, die wir niederreißen müssen.»

Favreau hatte ein Buch über die «Rosinenbomber» gelesen – die amerikanischen Piloten, die während der Berliner Luftbrücke die Herzen und Köpfe der Berliner eroberten, indem sie über der Stadt Lebensmittel und Süßigkeiten für die Kinder abwarfen. Wir nutzten diese Episode als Rahmen für die Rede, weil sie für eine Verbeugung vor der Geschichte gut geeignet erschien und dabei einen Kerngedanken von Obamas Weltanschauung vermittelte: dass die amerikanische Führungsrolle auf unserem Militär beruhte, aber nicht nur in Stärke, sondern auch in Solidarität verankert war. Eine Anekdote in dem Buch stach heraus. Eine Deutsche hatte die Luftbrücke damals so auf den Punkt gebracht: «Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft!»

Als Redenschreiber sucht man ständig nach neuen Formulierungen, um Dinge zu sagen, die schon gesagt sind. Dieser Satz griff unsere Botschaft im Wahlkampf auf: «*Yes, we can. Unser Schicksal wird nicht für uns geschrieben, es wird von uns geschrieben. Wir sind diejenigen, auf die wir gewartet haben.*» Dieser Ausdruck fasste sie ebenso gut zusammen: «*Schicksalsgemeinschaft*». Favreau und ich schrieben einen grandiosen Schluss der Rede, der auf diesen Ausruf zustrebte: «Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft!» Er war das Einzige in der Rede, was Obama beim Lesen auf Anhieb gefiel. Er lieferte den Übergang, um zum Abschluss unter Anspielung auf Kennedy den Geist zu beschwören, den einst die amerikanischen Piloten mit einer einfachen Deutschen von der Straße verbunden hatte und der uns noch immer verband: Wir alle sind «Berliner». Es klappte so gut, dass wir in Obamas Rede das Wort «Schicksalsgemeinschaft» auf Deutsch einstreuten.

Schicksalsgemeinschaft.

Ich starrte auf meinen Bildschirm. Wir würden eine phonetische Umschrift brauchen, dachte ich. Aber etwas machte mich stutzig. Konnte ein einzelnes Wort tatsächlich «community of fate» bedeuten? Ich gab «Schicksalsgemeinschaft» bei Google ein. Als ich die Ergebnisse durchschaute, verstand ich kein Wort außer Googles Übersetzung, und die bestätigte die Bedeutung. Eingebettet in Dutzende Links, tauchten auch Verweise auf NS-Quellen auf. Es war ja schließlich Deutsch. Ich mailte unserem führenden Deutschlandberater und fragte, ob das Wort etwas Verfängliches beinhalte. Er überprüfte es mit mehreren Leuten und schrieb zurück: Entwarnung. Ich rief Marc Levitt an, unseren Mann vom Vorkommando, der sich gerade bei dem deutschen Muttersprachler aufhielt, der die Rede fürs Internet ins Deutsche übersetzte. Ich bat darum, dieses Wort nochmals zu überprüfen: ob ich mir wegen irgendetwas Sorgen machen müsse? Am anderen Ende der Leitung herrschte kurz Stille: «Ihm fällt ein Stein vom Herzen, dass du nachgefragt hast», sagte Marc. «Er meint, das Wort hat ihm schon den ganzen Tag Bauchschmerzen bereitet.»

Er reichte dem Mann den Hörer: «So lautet der Titel von einer der ersten Reden Hitlers vor dem Reichstag.»

Ich schaute auf das Wort auf meinem Bildschirm und dann zum Fenster hinaus, wo der neue Reichstag mit seiner Glaskuppel stand, ein Monument der Transparenz und der neuen deutschen Republik. «Sind Sie sicher?», fragte ich. «Im Internet habe ich das nicht gesehen.»

«Doch, doch. Vielleicht taucht das Wort nicht im Titel auf, aber die Deutschen werden das kennen.»

Ich teilte Marc mit, dass ich mit einem überarbeiteten Entwurf wieder auf sie zukommen würde. Ich spürte diese Enge in meiner Brust: Wieso nur war ich so knapp an einem solchen Riesenfehler vorbeigeschrammt? War ich für den Job ungeeignet? Ich starrte auf

den Schluss der Rede und versuchte, mir einen Ersatz einfallen zu lassen, kam aber auf keinen. Per E-Mail fragte ich bei Reggie Love, Obamas persönlichem Berater für alle Zwecke, nach, ob ich bei Obama vorbeikommen könne. Er sagte mir, sie hätten soeben ihr Training absolviert und ich solle in seiner Suite vorbeischauen. Nicht in Obamas, in Reggies.

Ich stieg eine Treppenflucht nach oben, zeigte den Personenschützern meine Secret-Service-PIN und fand schließlich die Tür zu Reggies Zimmer. Reggie war 1,93 Meter groß und hatte an der Duke University Basketball und Football gespielt. Er strahlte ein lässiges Charisma aus, als könne ihn nichts überraschen oder aus der Bahn werfen. Er war selbst zu einem kleinen Promi geworden, ein Effekt, der auch weitere Mitarbeiter Obamas einholen und dabei ebenso viel Ballast wie Vorteile mit sich bringen sollte. Obama saß in einem grauen Hemd und einer schwarzen Trainingshose an einem kleinen Schreibtisch, ging die Rede am Laptop durch und rauchte eine Marlboro Red. Reggie starrte auf dem Bett liegend auf seinen BlackBerry. Um neugierige Blicke draußen zu halten, waren die Vorhänge zugezogen. Einen Augenblick fragte ich mich, wie Obama ungeschoren in einem Hotelzimmer rauchen konnte, dann fiel es mir ein: Weil er in einigen Monaten möglicherweise zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt würde, ließ man ihm alles durchgehen.

«Ich hab Neuigkeiten», sagte ich. «Dieser Ausdruck am Ende – ‚Schicksalsgemeinschaft‘». Obama schaute vom Bildschirm auf und nickte mir auffordernd zu. «Ich habe mit diesem Deutschen gesprochen, der die Rede übersetzt. Er sagt, der Ausdruck sei in einer von Hitlers ersten Reden vor dem Reichstag vorgekommen.»

Eine Pause entstand. Ich sah Obama die neue Information über die wichtigste Zeile verarbeiten, die gegenwärtig auf dem Bildschirm vor ihm stand. Zwei Stunden später sollte sie auf dem Teleprompter erscheinen, wenn er vor Hunderttausenden von Men-

schen redete. Er hob eine Hand als Signal, dass er etwas Wichtiges zu sagen habe.

«Reggie, wir haben unseren Angestellten des Monats!», sagte er und beugte sich nach vorn, als würde sein gesamter Körper in ein befreiendes Lachen ausbrechen. «Hitler? Wirklich? «Obama knüpft in Berliner Rede an Hitler an»», sagte er in Antizipation der Schlagzeilen.

«Nicht das, worauf Sie aus sind», sagte Reggie, ohne von seinem BlackBerry aufzublicken.

«Es ist problematisch», sagte ich wie ein Stichwortgeber im Theater.

«Meinen Sie?», sagte Obama. Statt wütend zu werden, machte ihn die absurde Situation offenbar nur noch gelassener. «Der Reichstag.»

Er überarbeitete den Schluss selbst, während ich ihm über die Schulter blickte. So beklommen mich diese Rede auch machen mochte, sie war nur ein Puzzleteil in der viel umfassenderen und unwirklicheren Erfahrung, die er durchlebte. Doch dieser seltsame Augenblick brachte mich wie tausend weitere, die in den nächsten Jahren hinzukommen sollten, einem Mann näher, der eine für mich unvorstellbare Verantwortung trug, an der ich aber Anteil hatte: als Zeuge und Mitwirkender, als derjenige, der die Rede in den Teleprompter eingab, ohne sie selbst halten zu müssen.

Ich ging die Treppe nach unten und stieg mit Obama, Axe und Gibbs in einen schwarzen SUV, um zum Ort der Rede zu fahren. Der Fahrzeugkonvoi schlängelte sich an gewaltigen Massen von Menschen vorbei, die schrien, winkten oder erschreckt ihr Gesicht in den Händen verbargen, wenn sie die Person auf dem Sitz mir gegenüber erkannten. «Warum sind da so viele Leute?», fragte Obama.

Wir wussten nicht, was wir sagen sollten, sahen Obama die Nervosität aber an: Seine sonst so geschmeidigen Bewegungen wirkten

irgendwie hektisch, als er abwechselnd nach draußen winkte und sich im Sitz zurücklehnte. Wie nimmt man jemandem die Anspannung, der gleich vor 200 000 Deutschen reden muss? Sie jubelten und drängten sich gegen die Absperrungen, als wir uns der Bühne näherten. Schließlich brach Axe, ein Jude, das Schweigen. «Junge, die Deutschen sind doch sehr viel netter, als meine Großeltern sie erlebt haben.»

Der Wagen setzte uns hinter der Bühne ab, wo Obama von einem jungen Mitarbeiter des Vorkommandos Instruktionen erhielt, was genau er zu tun hatte: Stellen Sie sich auf dieses Stück Abdeckband. Warten Sie auf das Signal. Steigen Sie diese Treppen hoch. Drehen Sie sich um und gehen Sie einige Schritte. Dann haben Sie die Menge vor sich. Winken Sie. Treten Sie ans Rednerpult. Die Teleprompter sind rechts und links.

Ich drehte ein Runde, um einen Blick auf die Menge zu werfen: ein Ozean aus Menschen, so weit das Auge reichte.

Als er die Treppen nach oben joggte, hatte sich der nervöse Mann, den ich im Wagen erlebt hatte, in Luft aufgelöst: Stattdessen winkte jetzt ein charismatischer Führer lächelnd und mit lockeren Bewegungen in die Menge, als sei es das Natürlichste auf der Welt, sich vor Menschen hinzustellen, die begeistert aufzunehmen bereit sind, was immer er sagen würde. Ich trat zur Seite und beobachtete ihn. Als er zu seiner Rede anhub, wurde mir klar, dass seine Worte keine so große Kraft haben würden wie sein Erscheinungsbild: ein Afroamerikaner, der auf einer Bühne wie dieser stand. Darin bestand das Geschenk und der Kampf, den die Arbeit für Obama mit sich brachte.

Ich verzog mich hinter den großen Aufbau, der für die Berichterstatter errichtet worden war, damit ich nicht alles mitbekam. Ich vertraute auf die Rede, die ich geschrieben hatte, konnte aber nicht mitansehen, wie sie vorgetragen wurde. Jede längere Stille hätte mir den Gedanken in den Kopf gesetzt, dass sie im Publikum schlecht



*Barack Obama als Präsidentschaftskandidat nach seiner Rede am
24. Juli 2008 in Berlin*

ankam. Jede Überleitung zu einem wichtigen Punkt hätte quälend zäh gewirkt. Die nächsten acht Jahre über verfolgte ich fast niemals, wie eine Rede, die von mir stammte, vor einer Menge gehalten wurde. Stattdessen ging ich lieber hinter der Bühne auf und ab, blickte gelegentlich auf meinen BlackBerry und las die ersten Reaktionen noch während des Auftritts.

Das ist das Los des Redenschreibers – nach dem Vortrag seiner Rede mutiert er vom unverzichtbarsten zu einem zeitweilig bedeutungslosen Mitglied des Teams. Nach der Berliner Rede drückte ich mich am Veranstaltungsort herum und ging schließlich im Strom der Menschen, die Schilder und Kameras umklammerten wie nach einem Rockkonzert, zum Hotel zurück. Als ich in mein Zimmer kam, tauchte ich gleichsam in die Vergangenheit ein. Alles war noch am selben Platz – der geöffnete Laptop, Kaffeetassen, ein halb ausgetrunkenes Glas Wein, Ausdrucke eines fast fertigen Entwurfs –, aber Aufregung und Adrenalin waren verfliegen. Als ich die Szenerie auf mich wirken ließ, bemerkte ich, dass ich eine Sucht nach diesem Leben entwickelte: Die Momente, nach denen ich gierte, waren nicht die großen Massenszenen, wenn Reden gehalten werden, sondern der wachsende Druck im Vorfeld. Die Augenblicke, wenn jeder darauf wartet, die Worte auf meinem Laptop zu hören, als sei man in ein Geheimnis eingeweiht, das die Welt erst noch erfahren muss.

Am Abend wirkte Obama erleichtert, dass er diese Hürde hinter sich gebracht hatte, als er in einem Restaurant zum Team stieß, um mit der mitreisenden Presse anzustoßen. Er bestellte einen Martini und schien gelöst inmitten eines Pulks von Leuten, die angestrengt dem zwanglosen Gespräch zu folgen versuchten, das er an einem Ende des Tisches führte. Ich saß neben Maureen Dowd, einer Kolumnistin der *New York Times*, deren Artikel ich seit Jahren las. Ich war aufgeregt und leicht nervös. «Und wer sind Sie?», fragte sie.

«Der Redenschreiber», sagte ich. Sie blickte mich ausdruckslos an und beschwerte sich, dass keine wichtigere Person neben ihr saß.

Trotz der begeisterten Pressereaktionen auf die Reise tröpfelten Kolumnen herein, die an der Berliner Rede etwas auszusetzen hatten und beklagten, dass sie keine ausreichend klare außenpolitische Vision entfaltet habe. Eine Chance sei verpasst worden. In E-Mails wies man mich darauf hin, dass der Hauptgrund für die Kritik darin liege, dass ich die Rede im Vorfeld nicht genügend vielen Leuten kommuniziert hätte. «Menschen sagen nie etwas Nettens über eine Rede, an der sie nicht selbst mitgearbeitet haben», meinte jemand und nahm damit ein Problem vorweg, mit dem wir im weiteren Verlauf konfrontiert werden sollten: Wir siegten ohne die Leute, die maßgeblich die Meinung in Washington prägten und sich so lange nicht positiv äußern würden, bis sie einen Posten in Obamas Umfeld ergattert hätten.

Im Wahlkampf eines Rebellen durchlebt man jeden Tag in leicht gereizter Stimmung. Während unsere Erfolge neue Höhen erreichten, schien ich immer nur auf Gründe zu stoßen, meine Empfindlichkeit zu steigern: weil ich an kleinen Kränkungen herumlaborierte und mir merkte, wer gegen uns opponiert hatte, weil ich mich in einer neuen Umgebung zurechtfinden musste oder mich nach der Anerkennung von Leuten sehnte, die arrivierter waren, obwohl doch ich den besseren Draht zum künftigen Präsidenten hatte. Wir hatten Clinton geschlagen und standen davor, McCain zu besiegen, allerdings mit Kampfansagen an die Vorstellungen desselben Establishments, in das wir demnächst eintreten würden: der Medien, die über uns berichten würden, des Kongresses, durch den wir unsere Gesetzesvorlagen bringen mussten, und der Kommentatoren, die nach den Wählern über uns zu Gericht sitzen würden.

Auf dem Rückflug lockerte Obama seine Krawatte, gesellte sich zu uns und legte mit einer Miene zufriedener Erschöpfung jedem den Arm um die Schulter. «Das haben wir geschafft», sagte er. «Jetzt

können wir eine Wahl gewinnen.» Wenige Tage später brachte McCains Wahlkampfteam einen Werbeclip heraus, der Obama in Berlin beim Winken in die Menge zeigte, worauf auf dem Schirm ein Bild Paris Hiltons aufpoppte und eine Stimme sagte: «Er ist der größte Star der Welt. Aber ist er zur Führung bereit?» Es wirkte kindisch und fast beleidigend, einen ehemaligen US-Senator, Professor für Verfassungsrecht und den ersten Afroamerikaner, der die *Harvard Law Review* geleitet hatte, mit einer geistlosen Promi zu vergleichen. Aber es stellte alles auf den Kopf, was wir auf der Reise erreicht hatten. Während Obama nach meiner Vision in einer Reihe mit Kennedy und Reagan stand, schlachtete der Clip seinen Erfolg im Ausland dazu aus, ihm die Legitimität abzusprechen. Es wäre undenkbar gewesen, einen weißen Senator aus Illinois mit einem ähnlichen Spot in Visier zu nehmen.

Die Anstrengungen, Obama zu delegitimieren, fanden ihr erstes Sprachrohr in Sarah Palin, die einige Wochen später zu McCains Vizepräsidentenskandidatin ausgerufen wurde. Diese Neuigkeit erfuhr ich gleich nach dem Erwachen am Morgen nach dem Parteitag der Demokraten, auf dem Obama die Rede zu seiner Nominierung gehalten hatte. *Wer ist denn das?*, dachte ich und starrte auf den Fernsehschirm. Mochte sich Palin noch so sehr als Zielscheibe für Witze anbieten, mit ihrem Aufstieg öffnete sich die Büchse der Pandora. Die Anspielungen und Verschwörungstheorien, die bereits in weitergeleiteten E-Mails und auf rechtsradikalen Websites zu lesen waren, erhielten jetzt eine Stimme in etablierten Kreisen, ein Trend, der sich in den nächsten acht Jahren beschleunigen sollte. Wir hatten gezeigt, dass Obama die Rolle des Anführers der freien Welt ausfüllen konnte. Aber sein Erfolg hatte einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft im Land nur noch stärker gegen uns aufgebracht.

Kapitel 18

Rote Linie

Am Mittwoch, dem 21. August 2013, saßen Ann und ich im Flugzeug und warteten auf den Start, als ich auf meinem BlackBerry die Meldung über einen potenziell katastrophalen Chemiewaffen-Angriff in Syrien sah. Die Maschine hob ab, und ich hatte mehrere Stunden lang kein Internet. Wir wollten ein paar Tage mit Anns Familie in Portland, Oregon, verbringen und danach runter nach Orange County zum Haus ihrer Mutter. Es war der fünfzigste Geburtstag ihrer Schwester und der Jahrestag des Todes ihres Vaters. Für mich war es der erste Urlaub seit über einem Jahr.

Im Flugzeug dachte ich über die Meldung nach. Seit einem Jahr waren chemische Waffen in Syrien ein Anlass zur Sorge gewesen. Wir bekamen im Juli 2012 Berichte, nach denen das Regime sich vorbereitete, sie gegen die Opposition einzusetzen oder an die Terrororganisation Hisbollah zu liefern. Assad besaß große Vorräte von Saringas. In Israel war man besorgt, falls die Hisbollah an Sarin komme, könne sie es gegen Israelis einsetzen. Sobald wir im Juli 2012 jene ersten Berichte erhielten, stellte McDonough eine Arbeitsgruppe zusammen, die inoffizielle Warnungen an Russland, den Iran und die syrische Regierung plante. Sorgfältig formulierten wir die Worte Obamas in einer Rede vor den Veterans of Foreign Wars am 23. Juli: «Angesichts der Vorräte des Regimes an chemischen Waffen werden wir Assad und seiner Umgebung weiterhin

deutlich machen, dass die Welt sie beobachtet und dass sie von der internationalen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht werden, falls sie den tragischen Fehler begehen sollten, diese Waffen einzusetzen.»

Zuerst schien es, als würden die Warnungen funktionieren. Wochen und Monate vergingen ohne ein Anzeichen für chemische Angriffe. Im August 2012 wurde Obama gefragt, was ihn zur Anwendung militärischer Gewalt in Syrien bringen könne: «Wir haben dem Assad-Regime sehr klar gesagt, dass für uns eine rote Linie überschritten ist, wenn wir sehen, dass ein Haufen chemische Waffen transportiert oder eingesetzt werden», antwortete er. «Das würde meine Einschätzung verändern.»

Im Laufe einer Präsidentschaft spricht ein US-Präsident Millionen von Wörtern in der Öffentlichkeit. Man weiß nie, welche dieser Wörter einen bestimmten Eindruck zementieren. Für Obama war «rote Linie» eine dieser Formulierungen.

Ende 2012 erhielten wir Berichte über kleinere Angriffe mit chemischen Waffen. An einem so chaotischen Ort wie Syrien, wo viele schreckliche Waffen von Tränengas über Napalm bis zu Fassbomben gegen Zivilisten eingesetzt wurden, waren diese Berichte schwer zu verifizieren. Die Geheimdienste wehrten sich gegen vorschnelle Urteile, besonders nach der Erfahrung der ungenauen Aussagen über Massenvernichtungswaffen im Irak vor der US-Invasion 2003. Es dauerte darum mehrere Monate, bis die Geheimdienste offiziell zu dem Schluss kamen, das Assad-Regime habe tatsächlich chemische Waffen eingesetzt. Als diese Einschätzung im April 2013 veröffentlicht wurde, stellte sich die Frage, was wir deswegen tun sollten. Um Assad und der Welt zu zeigen, dass es Konsequenzen geben werde, entschied Obama, den Beschluss zur militärischen Unterstützung der syrischen Opposition zu veröffentlichen – die neuste Fassung des Plans, den Petraeus zuerst 2012 vorgelegt hatte.

Es war eine unbefriedigende Reaktion, und es fand sich nie-

mand, der sie öffentlich verkünden wollte. Fast automatisch fiel diese Verantwortung mir zu. Obwohl ich Bedenken über unsere Syrienpolitik hegte, war ich froh, dass wir *irgendetwas* taten. Ich hatte auch ein bestimmtes Ethos verinnerlicht: Wenn es ein Thema gab, über das niemand öffentlich reden wollte, würde ich es tun. Ich sah darin eine Form von Führung, da ich für die Kommunikation der ganzen Regierung verantwortlich war. Ich hielt es für einen Teil meines Jobs, denn Obama verdiente es, jemanden zu haben, der ihn verteidigte. Ich spürte aber, dass ich einen Preis dafür bezahlen würde, denn man würde mich für Entscheidungen kritisieren, die ich nicht getroffen hatte, für die aber andere nicht einstehen wollten.

Und ich verteidigte sie wirklich: in Telefonkonferenzen, in Presseerklärungen, die im Fernsehen übertragen wurden, und in langen Gesprächen mit Reportern. Ich kämpfte mit Juristen um die Erlaubnis, sagen zu können, dass Obama beschlossen habe, der syrischen Opposition «direkte militärische Unterstützung» zu leisten, denn wir waren in der unmöglichen Lage, nicht über Details eines Schlüsselements unserer Politik reden zu dürfen. Rechtlich gesehen durften wir nicht über die Art der Unterstützung sprechen; ich konnte bloß Sachen sagen wie: «Diesmal wird es in Art und Umfang etwas anderes sein, was wir der Opposition geben.» Ich gab Teilantworten über eine schrittweise Reaktion und hatte das Gefühl, das Kapital an Glaubwürdigkeit, das ich über vier Jahre aufgebaut hatte, schrumpfe gerade zusammen.

Auch in manch anderer Hinsicht war dieser Sommer undankbar gewesen. Es begann mit dem Schauspiel, dass Edward Snowden im Juni eine verheerende Menge geheimer Informationen veröffentlichte, nach Hong Kong floh und dann irgendwie in ein Flugzeug nach Moskau gelangte, obwohl er keinen Pass hatte. Wochenlang gab es tröpfchenweise Enthüllungen über Überwachungspraktiken der USA, dieselbe Taktik wie dann im Vorfeld der Wahlen von 2016

und mit denselben Akteuren: Russland und Wikileaks. Ich musste meine Zeit damit verbringen, unserer liberalen Basis zu erklären, dass Obama trotz der NSA-Aktivitäten, über die wir nicht sprechen konnten, keinen Überwachungsstaat regierte. Dann kam der Putsch in Ägypten, den wir keinen Putsch nennen wollten. Statt eine positive Agenda zu verfolgen, hatte ich das Gefühl, meine Zeit in einer defensiv kauernenden Haltung zu verbringen.

Zu Beginn unseres Urlaubs im August kämpfte ich mit dem schleichenden Verdacht, Obama habe Recht – vielleicht konnten wir nicht viel tun, um die Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten zu lenken; vielleicht würde ein militärisches Eingreifen der USA in Syrien alles nur schlimmer machen. Ich wollte weg von Washington, auf den Ozean hinausschauen, meine Frau wieder kennenlernen, ein Buch lesen. Als unsere Maschine schließlich in Portland landete, hatte ich über hundert E-Mails, manche mit erschütternden Berichten, wie Dutzende von Menschen durch Giftgaswolken am Rand von Damaskus getötet worden seien.

Als Ann und ich im Hotel eincheckten, hatte ich eine ungute Vorahnung. Während wir in den Rhythmus eines Familienurlaubs verfielen, spürte ich, dass Ann genau beobachtete, wie oft ich auf meinen BlackBerry schaute, und stumm das unaufhaltsame Eindringen des Weltgeschehens vorhersah. Gleichzeitig spürte ich in meinem E-Mail-Postfach die hektische Reaktion, die sich in Washington aufbaute – Einladungen zu Sitzungen, an denen ich nicht teilnehmen würde, Entwürfe von Diskussionspunkten, die ich absegnen musste, Medienberichte, die Obama zu einer Reaktion drängten, Fotos von leblosen Kindern, die erstickt waren.

Man bat mich, einen Weg zu finden, um an einer Sitzung Obamas mit dem Nationalen Sicherheitsrat teilzunehmen. Ich fuhr zu einem Regionalbüro des FBI am Flughafen und parkte auf einem leeren Parkplatz. Ein paar Leute, die verärgert wirkten, weil sie am

Wochenende arbeiten mussten, richteten eine sichere Videoleitung für mich ein, damit ich in den Situation Room durchgestellt werden konnte. Ich lauschte dem Bericht, «mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit» habe ein Sarinangriff über tausend Menschen in einem Vorort von Damaskus getötet und die Verantwortung liege beim Assad-Regime. Ein Teilnehmer nach dem anderen riet Obama zu einem militärischen Schlag. Dazu gehörte auch der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Marty Dempsey, der die Grenzen des militärischen Handelns der USA im Nahen und Mittleren Osten verinnerlicht hatte. Einmal überraschte er mich im Korridor des West Wing mit der Empfehlung, Rachel Maddows Buch *Drift: The Unmooring of American Military Power (Drift: Wie Amerikas militärische Macht die Balance verlor)* zu lesen. Bislang hatte er argumentiert, Syrien sei eine heikle abschüssige Ebene mit geringen Erfolgchancen. Nun sagte er, es müsse etwas getan werden, auch wenn wir nicht wüssten, was daraus entstehen werde.

Als die Reihe an Obama kam, fragte er nach den UN-Inspektoren, die am Ort des Angriffs Proben nehmen sollten. Konnte man etwas tun, um sie herauszuholen? Ich glaubte, der Ton der ganzen Sitzung weise auf einen unmittelbar bevorstehenden Schlag hin. Der Berater, der am meisten zur Vorsicht vor militärischen Aktionen riet, war Denis McDonough. Er fragte nach der juristischen Grundlage und was als nächstes kommen würde. Was, wenn wir Syrien bombardierten und Assad mit einem stärkeren Einsatz seiner chemischen Waffen reagierte? Würden wir dann Bodentruppen schicken, um diese Arsenale zu sichern?

Am Ende der Sitzung sagte Obama, er habe noch keine Entscheidung getroffen, wolle aber, dass militärische Optionen vorbereitet würden. Ich ging nach draußen und setzte eine Telefonkonferenz mit den führenden Verantwortlichen für die Kommunikation zu Fragen der nationalen Sicherheit an. Während ich auf dem Parkplatz hin- und herlief, begann ich mit der Planung einer öffentlichen

Kampagne, um ein militärisches Eingreifen vorzubereiten. John Kerry könnte am Montag eine Stellungnahme über die Notwendigkeit des Handelns abgeben. Die Geheimdienste müssten ihre Einschätzung veröffentlichen. Das Verteidigungsministerium musste sich auf eine Ankündigung von Luftschlägen vorbereiten. Es wirkte belebend, als würden wir endlich *handeln*, um die Ereignisse in Syrien zu beeinflussen.

Ich traf Ann und ihre Familie in einem Restaurant und sagte ihr, es könne sein, dass ich früher zurück müsse. «Warum kann das nicht jemand anderes machen?», fragte sie. McDonough rief mich an und sagte, ich müsse so bald wie möglich zurückkommen. Ich wusste, es würde Ann verletzen; wir hatten geplant, das Grab ihres Vaters an seinem Todestag zu besuchen. Ich fragte McDonough, ob Obama anrufen könne, um mit Ann zu reden – was er gelegentlich bei Menschen tat, die unter der Arbeitsbelastung ihrer Partner litten. Stattdessen bekam ich eine kurze E-Mail von Obama, ich solle so schnell wie möglich zurückkommen.

Während ich mit Anns Familie in dem vollen Restaurant saß, spürte ich die Einsamkeit zu wissen, dass ich tun musste, was der Präsident der Vereinigten Staaten von mir wollte, und dass im Vergleich mit dem, was in der Welt schief lief, meine privaten Unannehmlichkeiten – so dramatisch sie im Kontext meiner Familie sein mochten – niemanden interessierten. Um etwas länger die Illusion der Normalität aufrechtzuerhalten, wartete ich ein paar Stunden, bevor ich es Ann erzählte. Am nächsten Morgen flog ich zurück nach Washington.

* * *

Als wir vor dem Oval Office saßen und auf die Morgensitzung mit Obama warteten, wirkte Jim Clapper, der Direktor der nationalen Nachrichtendienste, unruhig. Der Vietnamveteran, frühere Generalleutnant der Air Force und langjährige Geheimdienst-Beamte war ein onkelhafter älterer Mann mit Glatze. Er sprach in abgehackten Sätzen und kam gut mit Obama aus, der ihn gern aufzog, weil er stets Büroklammern auf dem Teppich im Oval Office hinterließ. Clapper gab seinen Aussagen nie eine Tendenz – er sagte einem, was er wusste und was er nicht wusste. Kaum ein Mitglied der Regierung respektierte ich mehr als ihn.

Im Gespräch mit mir und Susan, die vor Kurzem Nationale Sicherheitsberaterin geworden war, sagte Clapper, es sei noch nicht «todsicher», dass Assad den Chemiewaffen-Angriff angeordnet habe. Die Einschätzung würde sich mit der Zeit erhärten, wenn Proben und Informationen gesammelt worden wären. Seine Wortwahl war auffallend – «todsicher» war genau das Wort, mit dem der damalige CIA-Direktor George Tenet gegenüber George W. Bush versichert hatte, Saddam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen. Clapper schien signalisieren zu wollen, er werde die Geheimdienste nicht in die Rolle bringen, eine Rechtfertigung für einen weiteren Krieg im Nahen Osten zu liefern, der schief laufen konnte.

Als wir das Oval Office betraten, nahmen wir unsere üblichen Plätze ein – Obama in seinem Sessel gegenüber von Biden, Clapper am Ende eines Sofas gegenüber von Rice, Lisa Monaco, Obamas Beraterin für Terrorismusbekämpfung, und Rices Stellvertreter Tony Blinken auf den anderen Sofaplätzen und Jake Sullivan, jetzt Bidens Berater für nationale Sicherheit, auf einem Stuhl neben mir, was den Halbkreis komplettierte. Ich wählte stets diesen Platz, weil ich gern Obama gegenüber saß, denn das machte es leicht, Augenkontakt aufzunehmen. Obama konnte viel durch seine Augen ausdrücken.

Clapper begann immer mit einer Zusammenfassung der wich-

tigsten Geheimdienst-Informationen. An diesem Morgen erwähnte er, alle Zeichen deuteten auf einen Befehl Assads zu einem katastrophalen Sarinangriff hin, machte dann aber eine Pause und wiederholte seinen Satz, der Fall sei noch nicht «todsicher», wobei er zur Unterstreichung Gänsefüßchen in die Luft malte. Seine Worte hingen im Raum. Obama blickte zu mir, und ich merkte, dass wir beide dasselbe dachten: Das wird in die Presse gelangen.

«Jim, niemand hat Sie gefragt, ob es todsicher ist», sagte Obama.

Ich spürte die Last auf Obamas Schultern. Er musste auf dieses schreckliche Ereignis in Syrien reagieren, während er schon die Bürde des Irakkriegs trug – und der trieb seine Geheimdienste zur Vorsicht, seine Militärs zur Furcht vor einer abschüssigen Ebene, seine engsten Verbündeten zum Misstrauen gegenüber US-geführten militärischen Abenteuern im Nahen und Mittleren Osten, die Presse zur Skepsis gegenüber Äußerungen des Präsidenten, die Öffentlichkeit zur Ablehnung amerikanischer Kriege in Übersee und den Kongress zum Missbrauch der Fragen von Krieg und Frieden als politisches Spielmaterial. Bei einer Sitzung der Ressortchefs am selben Tag wiederholte Clapper den Begriff «todsicher». Natürlich sickerte er noch in derselben Woche an die Presse durch.

In jener Sitzung der Ressortchefs sagte Clapper auch, die Geheimdienste würden keine Einschätzung zur Veröffentlichung vorbereiten. Stattdessen schlug er vor, mir ihre Informationen und Urteile zu liefern, und ich solle eine Einschätzung der Regierung schreiben, die sie dann auf Korrektheit überprüfen und absegnen würden. Ich brauchte einen Augenblick, um zu verstehen, was er da vorschlug. In meiner ganzen Zeit im Weißen Haus hatte ich nie solch eine Einschätzung geschrieben und würde es auch später nie wieder tun. Normalerweise waren dies spezialisierte Dokumente, die von einem Geheimdienstteam produziert wurden.

Nach der Sitzung rief ich Jake Sullivan und Bernadette Meehan in mein Büro. Meehan war eine 37 Jahre alte Beamtin des Außen-

ministeriums, die für mich arbeitete. Zweimal war sie bei Aufgaben im Ausland fast ums Leben gekommen. In Kolumbien hatte eine Gruppe von Männern sie entführt und in den Kofferraum eines Wagens geworfen. Nachdem sie eine Weile herumgefahren waren, hielten sie an und warfen sie an den Straßenrand. Ein paar Jahre später wurde sie in Bagdad bei der Explosion einer Rakete schwer verletzt, die von einer iranisch unterstützten Miliz abgefeuert worden war. Dennoch blieb sie dabei. Sie sprach Arabisch und liebte den Nahen Osten.

«Er hat wirklich gesagt, *du* sollst es schreiben?», fragte sie.

«Genau das hat er gesagt. Frag Jake.»

Sie blickte zu ihm, und er nickte, denn er war dabei gewesen.

«Wirst du es machen?», fragte sie.

«Habe ich denn eine Wahl?» Ich verstand, dass Clapper die Geheimdienste vor einer Wiederholung ihrer Rolle vor dem Irakkrieg schützen wollte. Aber das hier war etwas anderes. Unsere Geheimdienste nahmen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an, dass das Assad-Regime eine Massenvernichtungswaffe eingesetzt hatte. Die Indizien dafür liefen auf den Fernsehbildschirmen in Dauerschleife.

Wir entwarfen einen Plan, nach dem jeder von uns einen anderen Teil jenes Dokuments schreiben würde, das als «Einschätzung der Regierung» statt als «Einschätzung der Geheimdienste» bezeichnet werden sollte. Wir erhielten Stapel von Geheimdienstberichten über das, was geschehen war, dazu bündeweise öffentlich zugängliche Informationen. Ich saß an meinem Computer und tippte den ersten Satz ein: «Die Regierung der Vereinigten Staaten kommt zu dem Schluss, dass die syrische Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit am 21. August 2013 einen Angriff mit chemischen Waffen auf die Vororte von Damaskus durchgeführt hat.» Die nächsten zwei Tage saß ich über den Informationen und fasste sie zu einer kurzen, nüchternen und einfachen Analyse zusammen. Ich

sah mir öffentlich zugängliche Videos von Menschen an, die hilflos auf den Fußböden von Krankenhäusern lagen, und Fotos von toten Kindern. In mir stieg Angst auf, wenn ich mir vorstellte, vor den Kongress geschleift zu werden, falls die Sache nach einer militärischen Intervention schrecklich schiefging. Ich sollte das öffentliche Dokument schreiben, das ein Eingreifen der USA in den Krieg in Syrien rechtfertigen sollte.

Obama konzentrierte sich weiterhin auf die UN-Inspektoren vor Ort. Am Nachmittag rief er UN-Generalsekretär Ban Ki-moon an und drängte ihn, die Inspektoren abzuziehen. Ban lehnte ab, weil das Team die Arbeit noch nicht abgeschlossen habe. «Ich kann nicht genug betonen, wie wichtig es ist, nicht mehr lange in Syrien zu bleiben», sagte Obama. Ban erwiderte, es könne noch ein paar Tage dauern. Obama drängte ihn erneut und sagte, sie sollten bis zum nächsten Abend abreisen. Bis heute frage ich mich, ob er zu Beginn der Woche einen Schlag durchgeführt hätte, wenn das UN-Team nicht im Weg gestanden hätte.

Obamas nächster Anruf ging an Angela Merkel. Keinen ausländischen Regierungschef bewunderte er mehr. Wie er war sie eine Pragmatikerin, angetrieben von Fakten, einer internationalen Ordnung verpflichtet und wohlüberlegt in ihren Entschlüssen. Sie war zur entscheidenden Führungspersönlichkeit in Europa geworden und arbeitete eng mit Obama zusammen, um auf die globale Wirtschaftskrise und die darauf folgende Instabilität der Eurozone eine Antwort zu finden. Ich hatte beide manchmal stundenlang mit Notizblöcken vor sich zusammensitzen sehen, wenn sie Strategien entwarfen, um die Weltwirtschaft zu stützen oder Afghanistan zusammenzuhalten. Nun saß ich im Oval Office und hörte zu, wie Obama um ihre Unterstützung bei einer militärischen Aktion bat. Selbst wenn Deutschland nicht mitmachte, hatten England und Frankreich ihre Teilnahme angedeutet. Doch Merkels öffentliche Unterstützung würde zeigen, dass die USA und Europa einig wa-

ren, und würde uns dabei helfen, die übrige EU hinter uns zu bringen. Merkel argumentierte, das UN-Team solle Zeit bekommen, seinen Bericht zu erstellen und abzugeben, und dann sollten wir eine Resolution des Sicherheitsrats anstreben. Wenn die Russen uns blockierten, hätten wir es wenigstens versucht. Das würde mehrere Wochen dauern. Obama wusste, dass eine so lange Verzögerung ihm die Hände binden würde, besonders weil es in den USA nicht viel öffentliche Unterstützung für einen Krieg gab. Wenn die Schrecken von Assads Angriff verblassten, würde die Opposition gegen einen amerikanischen Militärschlag größer werden. Mit jedem weiteren Tag konnte Assad außerdem unschuldige Zivilisten als menschliche Schutzschilde in die Nähe von potenziellen Zielen schaffen.

Ich saß auf dem Sofa und sah Obama seine Position vertreten, dann wartete er auf Merkels Antwort. *«Ich will nicht, dass Sie in eine schwierige Lage kommen»*, sagte sie. Obama hörte konzentriert zu, den Hörer ans Ohr gedrückt, während wir über Lautsprecher mithörten. Sie sagte, sie wolle die Zeit nutzen, um für Zustimmung unter den europäischen Ländern zu werben. *«Dann haben wir eine Situation, in der Sie nicht vagen Anschuldigungen ausgesetzt sind. Ich sage das als Freundin.»*

Nachdem er aufgelegt hatte, kam er zu uns herüber. Zum ersten Mal sah ich ihn unsicher in Bezug auf eine Intervention in Syrien. Er fragte uns, wie wir den Zeitplan für ein militärisches Handeln einschätzten. Ich wiederholte, was ich schon in Sitzungen gesagt hatte – dass nur ein Schritt von unserer Seite die aktuelle Dynamik verändern würde und dass die größte Sorge in den USA und Europa ein weiterer Irakkrieg sei. Nur wenn wir begrenzt handelten, durch Luftschläge, die nach wenigen Tagen vorbei wären, könnten wir zeigen, dass wir keinen uneingeschränkten Krieg begonnen. Er hörte zu, aber ich sah seine Skepsis, ob wir eine einmal begonnene Militäraktion beschränken könnten.

Während die Dinge in Europa stockten, wuchs zu Hause der Widerstand im Kongress gegen Militärschläge. Am Mittwoch, dem 28., schrieb eine große Gruppe republikanischer Kongressabgeordneter einen Brief an Obama, der ihm unverhohlen drohte: «Ein Engagement unseres Militärs in Syrien ohne eine direkte Bedrohung der Vereinigten Staaten und ohne vorherige Autorisierung durch den Kongress würde die Gewaltenteilung verletzen, die in der Verfassung deutlich niedergelegt ist.»

Auch John Boehner, der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, schrieb einen Brief. «Während die Vereinigten Staaten mit dem alarmierenden Ausmaß menschlichen Leidens ringen, müssen wir die potenziellen Szenarien betrachten, die unsere Reaktion auslösen oder beschleunigen könnte. Zu diesen Überlegungen gehört, dass das Assad-Regime die Kontrolle über seine chemischen Waffen verlieren oder dass – vor allem mit al-Qaida verbundene – terroristische Organisationen größere Kontrolle über das Territorium gewinnen und sichern könnten.» Er listete vierzehn detaillierte Fragen zu verschiedenen Szenarien auf, die in Syrien eintreten könnten, und forderte Antworten auf jede einzelne.

Boehner betonte auch die Notwendigkeit der Autorisierung durch den Kongress: «Es ist unverzichtbar, dass Sie sich dazu äußern, auf welcher Grundlage irgendeine Anwendung von Gewalt juristisch gerechtfertigt wäre und wie die Rechtfertigung sich mit der ausschließlichen Autorität der Autorisierung durch den Kongress nach Artikel 1 der Verfassung verträgt.»

Nachdem die Republikaner früher Obamas Reaktion gegenüber Syrien als schwach verspottet hatten, benutzten sie nun dieselben Warnungen vor einem Eingreifen, die wir in der Vergangenheit vorgebracht hatten, um unser Nicht-Eingreifen öffentlich zu rechtfertigen. Damit signalisierten sie, dass Obama verantwortlich gemacht würde, wenn bestimmte Szenarien einträten, und forderten zugleich unmögliche Garantien, dass es nicht dazu kommen würde. Und es

wurde die noch unheilvollere Botschaft übermittelt: Jedes Handeln ohne Mitwirkung des Kongresses wäre verfassungswidrig.

Auch unsere Juristen hatten Bedenken. Es gab keine starke internationale Rechtsgrundlage für eine Bombardierung Syriens – kein Argument der Selbstverteidigung wie bei unseren Aktionen gegen al-Qaida, keine UN-Resolution wie im Fall Libyens. Ebenso wenig gab es auf nationaler Ebene eine rechtliche Grundlage über die Behauptung hinaus, der Präsident sei nach der Verfassung befugt zu militärischen Aktionen, die keinen «Krieg» darstellten, was die Republikaner in Zweifel zogen. Manche argumentierten, die Republikaner könnten sogar ein Amtsenthebungsverfahren gegen Obama anstrengen, falls er ohne Autorisierung des Kongresses handelte – angesichts ihrer Haltung gegenüber Obama kein weit hergeholter Gedanke.

Am Donnerstagnachmittag berief Denis eine Telefonkonferenz des Teams für nationale Sicherheit mit führenden Kongressvertretern ein. Fast alle äußerten ein gewisses Maß an Unterstützung für Luftschläge, forderten aber, Obama müsse um Autorisierung durch den Kongress nachsuchen. Manche zitierten einen Fragebogen für Präsidentschaftskandidaten, den Obama 2007 für den *Boston Globe* ausgefüllt hatte. Darin sagte er: «Der Präsident hat gemäß der Verfassung nicht die Macht, einseitig einen militärischen Angriff in einer Situation zu autorisieren, in der es nicht darum geht, eine aktuelle oder bevorstehende Bedrohung für unsere Nation zu stoppen» – ein Argument, das man auch nach unserem Eingreifen in Libyen gegen Obama verwandt hatte.

Ich saß da, hörte dem Ganzen zu, erschöpft von den langen letzten beiden Abenden, an denen ich an der Einschätzung gearbeitet hatte, und wurde immer wütender. Ich hatte das Gefühl, in einem von Heuchelei und Opportunismus angetriebenen System gefangen zu sein. Acht Jahre lang hatten die Republikaner Bushs Fähigkeit verteidigt, als Oberbefehlshaber zu tun, was er wollte – und

jetzt waren sie plötzlich tief besorgt um die verfassungsmäßigen Beschränkungen für den Oberbefehlshaber? Ich war an den skrupellosen Politikstil von Obamas Gegnern gewöhnt, ihre Anstrengungen, irgendwelche Informationen zu finden, die ihn in Verlegenheit und in die Defensive bringen, ihn politisch verwunden konnten. Aber ich hatte zwei Tage lang detaillierte Beschreibungen von Menschen gelesen, die vergast wurden, und Videos von Kindern mit leeren Augen gesehen, die auf dem Fußboden eines provisorischen Krankenhauses lagen. Im Angesicht dieser grausamen Realität konzentrierte der Kongress sich darauf, eine politische Falle zu basteln.

Während der Besprechung kam die Nachricht herein, dass das britische Parlament mit 285 zu 272 Stimmen dagegen gestimmt hatte, sich US-geführten Luftschlägen gegen Syrien anzuschließen. In der Debatte war immer wieder gefordert worden, Großbritannien dürfe den USA nicht auf die Art in einen Krieg folgen, wie Tony Blair George W. Bush gefolgt war. Ein schockierter David Cameron rief Obama an, um sich zu entschuldigen, und erklärte, er könne nicht länger seine Unterstützung anbieten. Als ich zurück am Schreibtisch war, schickten Camerons Mitarbeiter verzweifelte E-Mails, in denen sie sich um den Schaden für Großbritanniens Rolle in der Welt sorgten. Die Nachwirkungen des Irakkriegs hatten uns nun fast ohne internationale Unterstützung für ein militärisches Eingreifen gelassen, und der Kongress forderte, wir sollten denselben polarisierenden Prozess der Autorisierung durchlaufen, der in England gerade gescheitert war.

Am Freitagmorgen saß ich an meinem Schreibtisch und las noch einmal die Einschätzung durch, die ich schon unzählige Male durchgegangen war. Jedes Wort hatte ich vom stellvertretenden Direktor der nationalen Nachrichtendienste Robert Cardillo überprüfen lassen, der uns geholfen hatte, indem er Informationen freigeben ließ, das Dokument überarbeitete, uns Landkarten zur Veröffentlichung gab, und der anbot, bei meiner Presseerklärung

anwesend zu sein. An diesem Vormittag veröffentlichten wir die «Einschätzung der Regierung der Vereinigten Staaten zum Einsatz chemischer Waffen durch die syrische Regierung am 21. August 2013». Kurz darauf hielt Kerry sein abschließendes Plädoyer gegen Assad im Außenministerium. «Meine Freunde», donnerte er, «wenn nichts getan wird, hat das Folgen. Es hat Folgen, wenn die Welt zuerst etwas verurteilt und dann nichts geschieht.»

Am selben Vormittag hatten wir eine letzte Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats. Kerry schlug vor, noch eine Woche zu warten, um weitere Länder in die Koalition zu holen. Ich sagte, wir müssten so schnell wie möglich handeln – die Zeit arbeitete nicht für uns, und unser militärisches Handeln würde wahrscheinlich die öffentliche Dynamik verändern. Obama, der sich immer mehr auf die Faktoren zu konzentrieren schien, die uns entgegenstanden, forderte energisch eine nationale und internationale juristische Grundlage, mit der wir unser Eingreifen rechtfertigen konnten. Kurz gesagt, gab es keine bessere Antwort, als darauf zu verweisen, dass die NATO im Kosovo ohne internationales Mandat gehandelt hatte. Dennoch schienen sich die Dinge im Laufe des Tages durch Kerrys dramatische Rede und die schrecklichen Einzelheiten in der veröffentlichten Einschätzung wieder in Richtung einer Intervention zu bewegen. Man hatte das Gefühl, als seien die Rückschläge und die präventive Kritik dieser Woche Teile eines sich entfaltenden Dramas, das zwangsläufig auf den Einschlag von Marschflugkörpern in Syrien zulief.

Am selben Nachmittag ging ich zu einer Sitzung in Denis' Büro, wo alle Teilnehmer ihre Rolle im Fall eines Luftschlags umreißen sollten. Wir diskutierten, ob Obama sich zu Beginn der Bombardierungen zur Hauptsendezeit an die Nation wenden sollte. Denis, der als Einziger gegen ein militärisches Eingreifen war, bekam am Anfang der Sitzung die Nachricht, er solle ins Oval Office kommen; er ging und kam nicht wieder. Eine Stunde später war ich

wieder im Situation Room, als ich ebenfalls ins Oval Office gerufen wurde.

Ich ging nach oben in Obamas Büro. Er war allein und sah entspannter aus als die ganze Woche zuvor. Der auf seinem Gesicht eingefrorene ernste Blick war weg. Er war lockerer, stand vom Schreibtisch auf und ließ mich auf dem Sofa Platz nehmen.

«Ich habe eine große Idee», sagte er.

«Sie sind ja auch der für die großen Ideen», antwortete ich. Je intensiver der Moment, desto ungezwungener waren meine Äußerungen gegenüber Obama.

Eine Handvoll Berater kamen nach und nach herein. Obama trug seine Gedanken vor: Er hatte beschlossen, den Kongress um die Autorisierung von Luftschlägen gegen Syrien zu bitten. Er sagte, es gebe einen Punkt, an dem ein Präsident allein die Vereinigten Staaten nicht in einem fortwährenden Kriegszustand halten könne, in einem Nahostkonflikt nach dem anderen. In den zehn Jahren nach dem 11. September hätten wir in Afghanistan, Irak, Jemen, Somalia und Libyen Krieg geführt. Nun werde gefordert, in Syrien einzugreifen, und als nächstes würde der Iran kommen. «Es ist zu einfach für einen Präsidenten, in den Krieg zu ziehen», sagte er. «Dieses Zitat von mir von 2007 – ich stimme mit dem Typen überein. Das bin ich. Und manchmal ist das Richtige das am wenigsten Offensichtliche.» Wenn er Syrien ohne Autorisierung des Kongresses angriffe, würden die Republikaner ihn attackieren, und es wäre unmöglich, ein militärisches Engagement in Syrien aufrechtzuerhalten. Falls wir die Autorisierung des Kongresses für einen Angriff auf Syrien bekämen, wäre jeder mit im Boot, und wir hätten mehr Glaubwürdigkeit – juristisch, politisch und international. Wenn nicht, sollten wir auch nicht eingreifen.

Ich saß in gekrümmter Haltung auf dem Sofa ihm gegenüber. Ich konnte ihn nicht widerlegen, obwohl alles, was ich die letzten Tage über getan hatte – und alles, wofür ich die letzten zwei Jahre

lang argumentiert hatte –, sich auf einen Militärschlag mit Marschflugkörpern in Syrien am nächsten Tag zubewegt hatte. Es war, als zwingte Obama mich endlich dazu, einen Teil von mir selbst aufzugeben – den Menschen, der Syrien betrachtete und das Gefühl hatte, wir müssten *irgendetwas tun*, der zwei Jahre lang damit verbracht hatte, Hoffnung im Chaos, das die arabische Welt verschlang, und in der gestörten Politik zu Hause zu suchen.

Obama hatte keine zweite Option vorgetragen – es war klar, dass er sich entschieden hatte. Dennoch ging er wie immer im Raum umher. Einer nach dem anderen stimmten die Anwesenden seiner Richtung zu. Die einzige Ausnahme war Susan Rice. «Wir müssen Assad zur Verantwortung ziehen. Der Kongress wird Ihnen niemals die Autorisierung geben», sagte sie als Einzige voraus. «Es raubt Ihnen zu viel von Ihrer Macht als Oberbefehlshaber.» Fast alle an diesem Drama Beteiligten suchten sich in den kommenden Jahren dadurch zu entlasten, dass sie sagten, Obama hätte Assad ohne Zustimmung des Kongresses bombardieren sollen. Susan tat dies nie.

Als ich an der Reihe war, sprach ich fast meine Gedanken laut aus. Ich sagte Obama, ich stimme mit ihm überein. Der Nachteil einer Autorisierung durch den Kongress liege ironischerweise darin, dass wir dann noch mehr Verantwortung in Syrien trügen. Wir würden in der ganzen Welt Erwartungen darüber wecken, was wir tun wollten und erreichen könnten. Doch dann gab ich zu, dass wir an irgendeinem Punkt zeigen müssten, dass wir meinten, was wir über die Beendigung eines dauerhaften Kriegszustands sagten. «Wir sagen das immer wieder, und ich glaube, wir müssen zeigen, dass wir es auch so meinen.» Ich sprach aus meiner Erfahrung heraus, Aktionen zur nationalen Sicherheit verteidigen zu müssen, über die wir nicht sprechen konnten – von Drohnenschlägen bis zur Unterstützung für die syrische Opposition –, und sagte, es sei an der Zeit, Entscheidungen offen zu treffen.

Dann äußerte ich die wachsenden Frustrationen, die ich gespürt hatte, das Gefühl, in Systemen gefangen zu sein, die nicht funktionierten. «In dieser Syriendebatte haben wir das Zusammentreffen von zwei Fehlfunktionen in unserer Außenpolitik gesehen – die eine ist der Kongress, die andere die internationale Gemeinschaft. Beide drängen zum Handeln, wollen aber keine Verantwortung übernehmen.» Die ganze Woche hatte ich geglaubt, die Antwort für dieses Problem liege darin, voranzugehen und etwas zu tun. Jetzt verstand ich Obamas Begründung, warum das nicht funktionieren würde. «An irgendeinem Punkt müssen wir uns direkt mit dieser Fehlfunktion auseinandersetzen.»

Die Sitzung endete mit Obamas Worten, er werde abends alle Mitglieder des Nationalen Sicherheitskabinetts anrufen und ihnen seine Entscheidung mitteilen. Am nächsten Vormittag werde er eine Erklärung im Rosengarten abgeben. Die einzige Einschränkung war das Insistieren von Susan und Obamas Juristen, wir sollten uns das Recht zum Handeln vorbehalten, auch wenn der Kongress Luftschläge nicht zustimmte – ein Punkt, der sinnvoll war, um sich Flexibilität zu erhalten, der aber die moralische, ethische und juristische Klarheit von Obamas Position untergrub. Obama rief ein paar ausländische Regierungschefs an, auch Netanjahu. «*Ihre Entscheidung war richtig*», sagte dieser, «*und die Geschichte wird freundlicher zu Ihnen sein als die öffentliche Meinung.*»

Die nächsten Tage drehten sich um unsere Bemühung um Unterstützung im Kongress. Bei einem Treffen Obamas mit Kongressführern im Cabinet Room sagte Boehner seine Unterstützung zu, wollte Obama aber nicht dabei helfen, republikanische Stimmen zu bekommen. McConnell, der Obama später kritisierte, weil er keinen Luftschlag geführt hatte, verweigerte seine Unterstützung. «Echte Beispiele für Mut», sagte Obama danach zu uns.

Wichtige außenpolitische Stimmen sprachen sich für die Autori-

sierung aus; Clinton erklärte ihre Unterstützung; der Amerikanisch-israelische Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten (AIPAC) machte Lobbyarbeit für unsere Position, die saudische Regierung ebenso – aber das war unwichtig. Weder im Kongress noch in den Umfragen entstand eine Welle der Unterstützung. Einer nach dem anderen erklärten Kongressabgeordnete beider Parteien – darunter Leute, die unser Eingreifen in Syrien gefordert hatten –, sie würden gegen eine Autorisierung stimmen.

Am Donnerstag flogen wir nach Russland, wo das G20-Treffen in einem prunkvollen Zarenpalast am Rand von St. Petersburg stattfand. Der frisch wiedergewählte Putin hatte bei den Vorbereitungen keine Kosten gescheut. Riesige Gärten waren sorgfältig wiederhergestellt worden, und für jeden Regierungschef gab es ein Gästehaus. Während wir über das Gelände schritten, kamen immer neue Nachrichten aus Washington. Eine Resolution, die die Anwendung von Gewalt autorisierte, hatte es knapp durch den Senatsausschuss für Außenpolitik geschafft, erschien aber zunehmend unsicher; im Repräsentantenhaus sah es noch schlechter aus. Denis trieb eine hektische Kommunikations- und Gesetzgebungsoperation an trotz des schleichenden Gefühls, dass sie im Senat zwangsläufig scheitern werde.

Bis dahin war ich Fernsehinterviews meist ausgewichen. Der Gedanke daran machte mich nervös, und ich wollte die Zielscheibe auf meinem Rücken nicht vergrößern, indem ich mich ins Getümmel der Nachrichtensender stürzte. Denis bestand aber darauf, jeder müsse nach draußen gehen, also stapfte ich gefühlt kilometerweit durch historische Gärten, an einem See mit einer schwimmenden Bar voller trinkender Russen und Journalisten entlang, über ein Feld und eine Treppe hinauf, wo ein gewaltiger schwarzer, schafottähnlicher Aufbau internationalen Sendern Platz für Interviews bot. Ich stand in der leichten Abendkühle da, hörte Fragen aus einem Ohrhörer, trug ein Mikrofon am Jackettauf-

schlag und antwortete pflichtbewusst – ein Kopf ohne Körper, der erklärte, warum wir in Syrien eingreifen sollten.

Am nächsten Morgen musste ich um fünf Uhr früh aufstehen, um einen Kleinbus zum Palast zu bekommen, wo das Gipfeltreffen stattfand. Ich wurde an Obamas Villa abgesetzt, die wie eine neugebaute und gut ausgestattete Anlage mit Eigentumswohnungen neben einem Golfplatz in Arizona aussah. Wir hatten noch ein paar Stunden Zeit bis zum Beginn der Sitzungen, und man sagte mir, Obama sei beim Fitnesstraining. Ich stöberte in einem Kühlschrank nach einer Limonade oder etwas zu essen, als Obama hereinschaute und sagte, ich solle ins andere Zimmer kommen.

Er saß in grauem T-Shirt und schwarzer Trainingshose an einem Tisch. Im Fernsehen lief das Saison-Eröffnungsspiel der National Football League, eine Erinnerung an die Zeitdifferenz und die Entfernung von zu Hause. Die Denver Broncos lagen klar in Führung. Der Ton war abgestellt, und ich begann, Obama auf den neusten Stand zu bringen, wie die Unterstützung dahinschmolz und sogar Falken in der Syrienfrage – Leute wie Marco Rubio – Verrenkungen machten, um zu rechtfertigen, dass sie die Autorisierung ablehnten. «Vielleicht sind sie bloß gegen Sie», sagte ich, «oder vielleicht will niemand, dass man ihm später vorhält, er hätte einen neuen Krieg unterstützt.» Ich sprach nicht aus, dass der Krieg auch eine negative Wendung nehmen könne – wie in Afghanistan, Irak und Libyen.

«Vielleicht hätten wir niemals in Ruanda eingegriffen», sagte Obama. Dieser Kommentar war hart. Obama hatte einmal geschrieben, wir hätten in Ruanda intervenieren sollen, und Menschen wie ich waren von unserem Nicht-Handeln tief beeinflusst worden. Er wies aber auch regelmäßig darauf hin, dass Leute, die zu einem Eingreifen in Syrien drängten, geschwiegen hatten, als in der Demokratischen Republik Kongo Millionen Menschen getötet wurden. «Daran hätte sich der Kongress nie gewagt.»

«Man hätte etwas unterhalb der Kriegsschwelle tun können», sagte ich.

«Zum Beispiel?»

«Zum Beispiel die Radiosender stören, über die die Leute aufgehetzt wurden.»

Er machte eine wegwerfende Handbewegung. «Das ist Wunschenken. So kann man Leute nicht daran hindern, einander umzubringen.» Er ließ den Gedanken im Raum stehen. «Ich will nur sagen, vielleicht gibt es nie einen Zeitpunkt, an dem das amerikanische Volk so etwas unterstützt. In Libyen hat alles geklappt – wir haben Tausenden Menschen das Leben gerettet, wir hatten keine Verluste, und wir haben einen Diktator gestürzt, der Hunderte von Amerikanern ermordet hatte. Und zu Hause wurde es abgelehnt.»

Seine Augen wanderten zum Footballspiel, der Zeitlupe eines Bronco-Spielers in Aktion. Ich konnte sehen, was er getan hatte – den Kongress und die öffentliche Meinung getestet, um zu erkennen, wie viel Spielraum sein Amt für eine Intervention in Syrien wirklich besaß. Es war dasselbe, was er bei Sitzungen im Situation Room und in Gedanken gemacht hatte, testen, ob irgendetwas, das wir taten, die Lage dort verbessern konnte oder ob es wie in Afghanistan, im Irak oder noch schlimmer kommen würde. Er kämpfte nicht nur mit der Politik. Es war etwas Grundlegenderes an Amerika, unsere Bereitschaft, einen weiteren Krieg zu führen, dessen primäre Rechtfertigung humanitär wäre, einen Krieg, der womöglich schlecht enden würde. «Die Leute sagen immer «nie wieder»», meinte er. «Aber sie wollen nie etwas tun.»

An diesem Punkt kam Susan Rice herein, und das Gespräch wandte sich den Ereignissen des Tages zu, während ein Frühstück aus Eiern mit Schinken serviert wurde. Susan und ich würden den ganzen Tag mit dem Versuch verbringen, eine Gruppe von Verbündeten zu überzeugen, eine Erklärung abzugeben, die unsere Position zu Syrien unterstützte. Es war nicht einfach. Die Deutschen

wollten das nächste EU-Treffen abwarten. Die Saudis, die jedem, der es hören wollte, ausführlich erzählt hatten, Obama sei in der Syrienfrage schwach, versuchten uns auszuweichen – schließlich musste Obama ihren Delegationsführer auf dem Parkplatz abfangen, um seine Unterstützung festzunageln. «Ich hätte ihn nicht gehen lassen, ohne dass er mir in die Augen gesehen hätte», erzählte er uns später.

Auf dem Heimflug erwähnte Obama, er habe am Rand des Gipfels ein privates Gespräch mit Putin geführt. Jahrelang hatte Obama vorgeschlagen, die USA und Russland sollten zusammenarbeiten, um der Bedrohung des syrischen Chemiewaffen-Arsenals entgegenzutreten. Jahrelang hatte Russland sich gestäubt. Diesmal hatte Obama erneut eine Zusammenarbeit vorgeschlagen, um Syriens Chemiewaffen zu entfernen und zu zerstören. Putin stimmte zu und empfahl, John Kerry solle mit seinem russischen Amtskollegen darüber reden.

Nach der Landung in Washington sprach Obama über die verschiedenen Wege, die die Debatte nehmen könnte. «Wenn wir diese Abstimmung verlieren, wird es einen Pfahl ins Herz der Neokonservativen stoßen – alle werden sehen, dass sie keine Stimme haben.» Jetzt erkannte ich, dass ihm beide Resultate recht wären. Wenn wir die Autorisierung bekämen, wäre er in einer starken Position, um in Syrien zu handeln. Wenn nicht, würden wir den Kreislauf amerikanischer Kriege zum Regimewechsel im Nahen und Mittleren Osten vielleicht beenden.

Kerry setzte Putins Ouvertüre schnell in eine Übereinkunft um, die in einem Land – Syrien – verwirklicht werden konnte, das nicht einmal zugegeben hatte, Chemiewaffen zu besitzen. Vier Tage nach unserer Rückkehr nach Washington erklärte die syrische Regierung, sie werde diese Waffen abschaffen. Fünf Tage danach, am 10. September, wandte Obama sich an die Nation und erklärte, wir sollten diese diplomatische Chance ergreifen. Die Abstimmung im Kon-

gress fand niemals statt. Tausende von Tonnen chemischer Waffen würden aus Syrien abtransportiert und vernichtet werden, weit mehr, als durch militärische Aktionen zerstört worden wären. Der Krieg würde weitergehen. Barack Obama würde die USA weiterhin heraushalten.

Unkorrigierte Leseprobe

Einige Namen von realen Personen und Details, durch die sie identifiziert werden könnten, wurden in diesem Buch geändert.

Fotos: S. 4/5: © 506 collection/Alamy Stock Foto; S. 6: Natalie Moser;
S. 37: picture alliance/ASSOCIATED PRESS

Die Originalausgabe erschien zuerst 2018 unter dem Titel
The World as It Is. A Memoir of the Obama White House
bei Random House, einem Imprint von Penguin Random House LLC,
New York.

Copyright © 2018 by Perry Merrill LLC

Für die deutsche Ausgabe:

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2019

Satz im Verlag aus der Minister Std und Info Text OT

Druck und Bindung: Beltz, Bad Langensalza

Umschlagentwurf: Rothfos & Gabler, Hamburg

Umschlagabbildungen: © 506 collection/Alamy Stock;

American Photo Archive/Alamy Stock Foto

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

Werbemittel-Nummer: 257666

www.chbeck.de